

AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 122
Juni 2025



USA

SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG

ITALIEN
Das Camp der Ausgebeuteten

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO
Krieg der Meinungen

UKRAINE
Hilfe für Kriegsverletzte

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



SOFORTHILFE FÜR MENSCHEN IN GEFahr

GLOBAL RELIEF PROGRAMME

In Kolumbien setzen sich Fischer*innen für den Schutz der Flüsse und Feuchtgebiete sowie für ihre Lebensweise ein. Dafür dokumentieren sie Umweltverschmutzungen, organisieren Kundgebungen und Reinigungsaktionen und leisten Lobbyarbeit bei den zuständigen Behörden. Wegen dieser Arbeit werden sie drangsaliert und sogar angegriffen.

«Mit meiner Arbeit lebe ich gefährlich. Ich wurde von bewaffneten Männern angegriffen.»

Sofia, Umweltaktivistin

Dank des Global Relief Programme von Amnesty International konnte ihnen schnell und unbürokratisch Unterstützung zugesprochen werden – für Schutzmassnahmen wie Schutzwesten und Sicherheitskameras oder für temporäre Umsiedlungen bei unmittelbarer Gefahr.

«Die Fische starben, weil das Wasser durch Rohöl verunreinigt ist. Wir nahmen Proben als Beweismittel. Deswegen werden ich und meine ganze Familie verfolgt.» Julia, Fischerin



Mit dem Global Relief Programme helfen wir jährlich Tausenden Menschenrechtsverteidiger*innen in lebensbedrohlichen Situationen. Dank Ihrer Spende unterstützen wir sie mit vorübergehenden Umsiedlungen, sicherem Zugang zu Rechtshilfe, medizinischer Betreuung und weiteren Massnahmen, die Leben retten können. www.amnesty.ch/global-relief

Helfen Sie, Menschenleben zu retten und die Rechte von Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen! Herzlichen Dank.

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion . Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern

Jetzt mit TWINT spenden!

QR Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



Impressum: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 122, Juni 2025. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Nina Apin, Jean-Marie Banderet, Boris Bögli, Thibaut Bruttin, Yohan Châble, Reda El-Arbi, Baptiste Fellay, Clément Girardot, Fidèle Kitsa, Nicolás Lanfranchi, Paul O'Brien, Arndt Peltner, Till Schmidt, Lotta Suter, Patrick Walder, Kerstin Zilm. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Korrektort:** db Korrektort, Bern **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle zu 50% aus wiederverwerteten Altfolien, 100% rezyklierbar. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 1. August 2025. Das AMNESTY-Magazin der Menschenrechte erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: redaktion@amnesty.ch, www.amnesty.ch/magazin. **Auflage:** 63400 (dt.).

EDITORIAL



Zum Morgenkaffee lese ich gerne die aktuellen Zeitungsberichte. Doch seit Ende Januar habe ich öfters keine Lust dazu. Die tägliche Fülle von News aus Washington – eine schlimmer als die andere – vermiest mir zusammen mit den anderen negativen Nachrichten aus der Welt den Tagesbeginn.

Präsident Trump hat die USA mit

Entscheiden überflutet, die die Demokratie auszuhebeln versuchen und die Menschenrechte von immer mehr Menschen verletzen. Ich frage mich beim Lesen seiner oft absurden und menschenverachtenden Äusserungen und Dekrete jeweils, wie es wohl meinen Bekannten und den Amnesty-Kolleg*innen in den USA gerade geht. Von einigen Freund*innen weiss ich,

dass sie unermüdlich auf die Strasse gehen, um gegen diese Politik zu demonstrieren.

Es sei schwierig, angesichts der Vielzahl und des Tempos der Erlasse nicht der Lethargie zu verfallen, berichtet eine Freundin aus New York. Aber man müsse einfach Widerstand leisten, schon nur damit wahrgenommen werde, wie viele Leute nicht mit Donald Trump einverstanden seien. Und um Solidarität mit den Opfern seiner Politik zu zeigen. Sie sei sich nicht sicher, ob sie nicht auch irgendwann dazugehöre, schon nur ihres Protestes wegen. Von diesem Widerstand und den zahlreichen Solidaritätsaktionen hört man hierzulande leider zu wenig. Dieses Magazin soll Ihnen einen kleinen Einblick geben und Mut machen, sich auch hier für die Einhaltung der Menschenrechte zu engagieren. Jetzt erst recht.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Diktatur auf leisen Sohlen	

DOSSIER

USA: Solidarität statt Spaltung

Die Grenzen der Macht	10
Die Menschenrechte in den USA sind in Gefahr	12
Amnesty USA engagiert sich auf allen Ebenen gegen die Auswirkungen der Trump-Politik.	
Wie Städte gegen Unrecht rebellieren	14
Allen Widrigkeiten zum Trotz setzen sich Sanctuary Cities für die Rechte von Migrant*innen ein.	
Von wegen freie Rede	17
Die Meinungsfreiheit wird laut propagiert, gleichzeitig wird die Pressefreiheit massiv eingeschränkt.	
Gegen die Entrechtung	18
Fast schon obsessiv greift die US-Regierung trans Personen an, doch diese stehen nicht alleine da.	
Widerstand der Institutionen	20
Die Unabhängigkeit der Forschung ist gefährdet. Doch die Bildungsinstitutionen wehren sich.	
«Das multilaterale System ist widerstandsfähig»	22
Der Vorsitzende des Uno-Menschenrechtsrats, Jürg Lauber, setzt auf den Dialog der Staaten.	

THEMA

Italien	24
Überleben auf der Piste	
Demokratische Republik Kongo	28
Im Kreuzfeuer der Desinformation	
Ukraine	30
Neue Wege zur Heilung	

KULTUR

Buch	32
Befristete Macht	
Buch	34
Eine kongolesische Kafkaeske	

CARTE BLANCHE

Reda El-Arbi	35
--------------	----

IN ACTION

Schweiz	37
Recht auf Protest	
Pitch for Human Rights	38
Cricketturnier mit jungen Geflüchteten	
USA	39
Stopp der Massenabschiebungen	

META MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Ein Gericht in **Kenia** hat entschieden, dass die Facebook-Muttergesellschaft Meta in dem ostafrikanischen Land wegen ihrer angeblichen Rolle bei der Förderung von Inhalten, die im benachbarten Äthiopien zu ethnischen Gewalttaten zwischen 2020 und 2022 geführt haben, verklagt werden kann. Die Kläger*innen argumentierten, dass die Algorithmen der Facebook-Plattform aufwieglende, hassefüllte und gefährliche Inhalte verstärkt hätten. Ebenfalls verklagt in Kenia derzeit 185 ehemalige Content-Moderator*innen Meta und ihre Outsourcing-Firma Sama. Die Content-Moderator*innen wurden entlassen, nachdem sie gegen die miserablen Arbeitsbedingungen protestierten. Sie mussten massenhaft Videos mit Gewalt, Hassreden und Vergewaltigungen sichten – ohne jegliche psychologische Unterstützung.



FORTSCHRITTE BEI ARMUT UND KINDERSTERBLICHKEIT

Die Armut in **Indien** nimmt ab. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht der Weltbank, der die Situation von 2011 mit jener von 2022 vergleicht: 2011 lebten noch 17,3 Prozent der Inder*innen mit weniger als 2,15 Dollar pro Tag. 2022 waren es nur noch 2,3 Prozent. Insgesamt haben somit 171 Millionen Menschen den Weg aus der extremen Armut geschafft. Ein Bericht der

Vereinten Nationen hält zudem fest, dass die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren um 70 Prozent und die der Neugeborenen um 61 Prozent zurückgegangen ist, dies durch «sich überschneidende Massnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung». Obwohl die indische Wirtschaft wächst, leiden immer noch viele Menschen unter mangelnden Bildungsmöglichkeiten, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit.

MORDAUFKLÄRUNG IM GANGE

Am 14. September 2024 wurde der Umweltschützer Juan López in der Gemeinde Tocoa in **Honduras** erschossen. Er hatte sich als Koordinator einer lokalen Organisation zusammen mit Kleinbäuer*innen und Kirchengemeinden gegen die Betriebsgenehmigung gewehrt, die 2015 einem Bergbauunternehmen im Nationalpark Carlos Escalera erteilt worden war. Eine öffentliche Kampagne für die Aufklärung der Tat trug dazu bei, diesen Fall ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Der mutmaßliche Täter und zwei Personen, die unter dem Verdacht der Mittäterschaft stehen, befinden sich nun in Haft, und es wurde Mordanklage erhoben. Die Strippenzieher konnten jedoch bisher nicht ausfindig gemacht werden. Amnesty wird die honduranischen Behörden weiterhin anhalten, umfassende Gerechtigkeit für Juan López sicherzustellen und seine Familie sowie weitere Aktivist*innen und deren Rechtsbeistände zu schützen.



LEHRER FREIGELASSEN

Berichten zufolge wurde in **Saudi-Arabien** am 13. Februar 2025 der Lehrer Asaad bin Nasser al-Ghamdi nach über zwei Jahren aus der Haft entlassen. Er war am 20. November 2022 festgenommen und am 29. Mai 2024 in einem unfairen Verfahren vor dem Sonderstrafgericht zunächst zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt worden, die im Berufungsverfahren auf 15 Jahre herabgesetzt wurde. Der 47-Jährige

hatte in den sozialen Medien sein Beileid zum Tod eines prominenten Menschenrechtsverteidigers bekundet, der in Haft gestorben war. Ausserdem hatte er das gigantische Programm «Vision 2030» des Kronprinzen Mohammed bin Salman kritisiert (über welches wir in der Ausgabe vom September 2024 berichtet hatten).

EX-PRÄSIDENT DUTERTE IN HAFT

Im März wurde Rodrigo Duterte am Flughafen von Manila auf den **Philippinen** von der Polizei festgenommen, seitdem sitzt der Ex-Präsident in den Niederlanden in Haft. Nach der Festnahme wurde er dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag überstellt, der gegen ihn einen Haftbefehl wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgestellt hatte. Offiziellen Polizeistatistiken zufolge wurden in Rodrigo Dutertes «Drogenkrieg» mehr als 6000 Menschen getötet, hauptsächlich verarmte Leute in städtischen Gebieten. Menschenrechtsgruppen auf den Philippinen gehen von weit mehr Getöteten aus. Rodrigo Duterte war von 2016 bis 2022 im Amt. Dass der 80-Jährige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist, störte viele Bewohner*innen der philippinischen Grossstadt Davao City offenbar nicht. Sie wählten ihn im Mai trotzdem zum Bürgermeister – ob und wie er das Amt ausüben kann, bleibt allerdings offen.



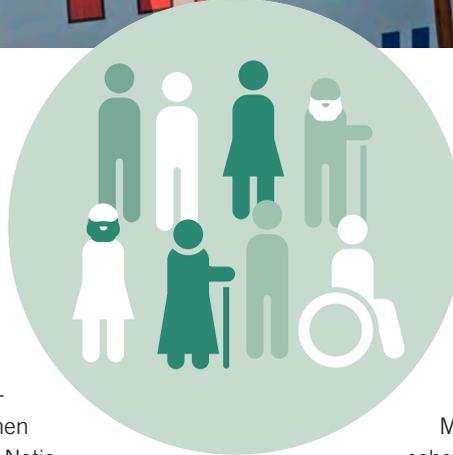


Griechische Rentner*innen fordern an einer Demonstration eine Erhöhung der Renten, die wegen der Inflation und hoher Energiekosten nicht zum Leben reichen.
Athen, Februar 2023.

© Agelos Tzorzinis / AFP via Getty Images

STIMMRECHT AUCH FÜR MENSCHEN MIT GEISTIGER BEEINTRÄCHTIGUNG

2014 unterschrieb die **Schweiz** die Uno-Behinderntenrechtskonvention. Laut dieser sollen Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte haben wie Menschen ohne Behinderungen. Damit verstösst die heutige Regelung, dass Menschen mit geistiger Beeinträchtigung nicht abstimmen dürfen, gegen die Konvention und ist ein schwerwiegender Eingriff in die politischen Rechte von mehreren Tausend Menschen im Land. Der Nationalrat hat am 5. Mai beschlossen, dass Menschen mit geistiger Beeinträchtigung das Stimmrecht erhalten sollen, ohne dass sie zuvor unter eine umfassende Beistandschaft gestellt werden müssen. Der Nationalrat will nun die Verfassung anpassen und setzt damit ein Zeichen für Gleichheit und gegen Diskriminierung.



RECHTE ÄLTERER MENSCHEN BESSER SCHÜTZEN

Trotz des **weltweiten** raschen Anstiegs der älteren Bevölkerung werden ihre Rechte in keinem internationalen Übereinkommen berücksichtigt oder altersbedingte Diskriminierung verboten. So sind ältere Menschen mit oft systematischen Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Dazu gehören unter anderem Gewalt und Missbrauch in Pflegeheimen, Altersdiskriminierung bei der Arbeit oder begrenzter Zugang zu Gesundheitsversorgung und Unterstützungsdiensten. Nicht zuletzt werden keine ausreichenden Massnahmen gegen den Klimawandel ergriffen, von dem ältere Menschen stärker betroffen sind. Dafür wurde die Schweiz letzthin vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt. Der Uno-Menschenrechtsrat beschloss Anfang April mit einer Resolution die Einsetzung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe, die ein rechtsverbindliches Übereinkommen ausarbeiten wird: Dieses soll die Rechte älterer Menschen verbessern und klare Verpflichtungen für ihren Schutz auf nationaler Ebene formulieren.

BRIEFE UND E-MAILS FÜHRTEN ZUR FREIHEIT

«Zwölf Monate Gefangenschaft. Zwölf Monate der Stille, der Einsamkeit, des Gebets und des Schreibens.

Diese zwölf Monate waren mehr als nur ein Kampf; sie waren eine innere Reise zum Aushalten und Zuhören.» Dies schrieb der **malische** Autor und Aktivist Etienne Sissoko, der am 27. März nach einem Jahr willkürlicher Inhaftierung freigelassen wurde. Er war am 20. Mai 2024 zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, unter anderem wegen «Schädigung des Ansehens des Staates» aufgrund seines im Dezember 2023 veröffentlichten Buches. Für ihn hatten sich Aktivist*innen weltweit eingesetzt, sehr zum Verdruss des Justizministers. Dieser zeigte am 10. April 2025 bei einem Treffen mit den neuen Mitgliedern der Nationalen Menschenrechtskommission Taschen voller Briefe und erklärte: «Ich habe mehr als 8000 E-Mails von Amnesty International erhalten, in denen die Freilassung einer einzigen Person gefordert wird. Das ist Schikane.»





© Marwan Mohamed / EPA via Keystone

Der Konflikt zwischen der Armee und den Rapid Support Forces im Sudan führt zur grössten Flüchtlingskrise auf der Welt. Knapp 13 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, wie diese Geflüchteten, die auf dem Weg zu den Lagern von Tawila sind.

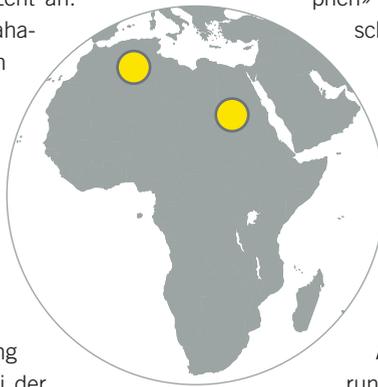
KLAGE WEGEN BEIHILFE ZUM VÖLKERMORD ABGEWIESEN

SUDAN Am 5. Mai wies der Internationale Gerichtshof (IGH) die Klage des Sudan gegen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wegen Beihilfe zum Völkermord ab. Der Sudan wirft den VAE vor, die bewaffnete Miliz Rapid Support Forces (RSF), die gegen die offizielle sudanesischere Armee in Darfur kämpfen, mit Waffen und Geld zu unterstützen. Der Internationale Gerichtshof entschied nun, er sei für den Fall nicht zuständig. Die Emirate hätten die Völkermordkonvention 2005 zwar unterzeichnet, allerdings unter Ausschluss der Klausel, die den Gerichtshof als in Konfliktfällen zuständig ansieht. Also könne er den

Fall nicht verhandeln, entschied der IGH. Uno-Expert*innen erklärten die Vorwürfe, die VAE hätten den RSF über den Tschad Waffen zukommen lassen, für «glaubwürdig» – Berichte von Amnesty International kommen zu einem ähnlichen Schluss. Der Krieg im Sudan wird von den Vereinten Nationen als eine der «schlimmsten humanitären Katastrophen» eingestuft. Seit April 2023 hat er Zehntausende Menschenleben gefordert, 13 Millionen Menschen wurden vertrieben und einige Regionen in eine Hungersnot gestürzt.

STOPP DER GELDER AN USAID BEDROHT LEBEN

AFRIKA Am 8. März kündigte die Trump-Regierung eine Kürzung des Gesamtbudgets der US-amerikanischen Entwicklungsorganisation USAID um 83 Prozent an. Dies hat insbesondere für Länder der Subsahara-Region Afrikas drastische Folgen, für den gesamten Kontinent stammten 35 Prozent der Hilfsgelder aus den Vereinigten Staaten. Die Zuschüsse der amerikanischen Behörde waren für verschiedene Bereiche bestimmt, die für den afrikanischen Kontinent von wesentlicher Bedeutung sind, wobei drei Schwerpunkte gesetzt wurden: humanitäre Hilfe (47%), Gesundheit (38%) und wirtschaftliche Entwicklung (8%). Dramatisch sind die Kürzungen bei der Bekämpfung von Krankheiten: Mehr als eine Million HIV-Infizierte stehen ohne Medikamente da. Auch die Bekämpfung von Tuberkulose, Malaria oder Ebola ist betroffen, es wird mit einem massiven Wiederanstieg von Krankheitsfällen und Toten gerechnet.



RÜCKKEHR ZUM AUTORITARISMUS

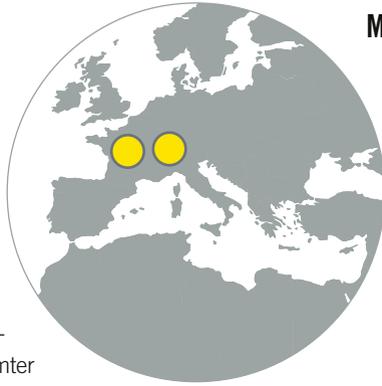
TUNESIEN Die Wiege des Arabischen Frühlings versinkt erneut im Autoritarismus. Am 19. April wurden rund vierzig Politiker*innen, Medienschaffende und Aktivist*innen der Zivilgesellschaft wegen «Verschwörung gegen die Staatssicherheit» verurteilt. Es handelt sich um den grössten Prozess gegen die politische Opposition seit dem Ende der Herrschaft des autokratischen Präsidenten Ben Ali im Jahr 2011. Nachdem der aktuelle Präsident Kaïs Saïed 2021 das Parlament suspendiert hatte, legte er dem Volk eine neue Verfassung vor, welche die Entscheidungsbefugnisse des Präsidenten ausweitet und dem Parlament eine auf die gesetzgeberische Funktion konzentrierte Rolle zuweist. Seither geht er immer gewaltsamer gegen die Opposition vor. Am 29. April forderte der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte Tunesien auf, die Gesetze zur nationalen Sicherheit nicht länger zur Unterdrückung von Dissident*innen zu nutzen und die grundlegenden Menschenrechte zu achten.



© Cheedly Ben Ibrahim / Nur Photos

ANGRIFF AUF DEN RECHTSSTAAT

FRANKREICH Der Rassemblement National (RN) greift die französische Justiz öffentlich an, nachdem die Parteivorsitzende Marine Le Pen am 31. März wegen Veruntreuung europäischer Gelder zu einer fünfjährigen Sperre für öffentliche Ämter verurteilt worden ist. Wenn Le Pens Berufung im Sommer 2026 abgelehnt wird, kann sie nicht bei den Präsidentschaftswahlen 2027 kandidieren. Seit dem Urteil greifen mehrere Führungskräfte des RN und Parteianhänger*innen die an der Verurteilung beteiligten Richter*innen persönlich an, denen sie politische Voreingenommenheit vorwerfen. Sie sprechen von einer «Einmischung der Richter*innen» in den demokratischen Prozess. Es folgten Wellen von Belästigungen gegen Richter*innen. Mehrere Richter*innen äusserten sich besorgt über diese Angriffe auf die Justiz.

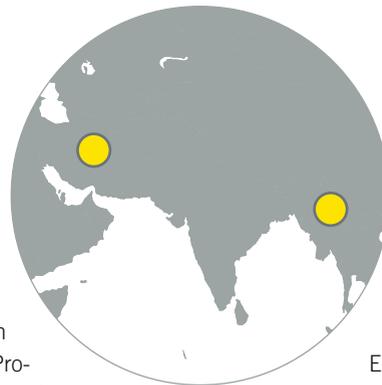


MASSENÜBERWACHUNG AUSWEITEN

SCHWEIZ Der Bundesrat schlägt vor, die Überwachung unserer digitalen Kommunikation massiv zu verstärken. Er möchte die Verpflichtungen zur Identifizierung, Übermittlung und Speicherung von Daten auf alle Kommunikationsdienstleister*innen ausweiten – auch auf diejenigen, die Vertraulichkeit garantieren. Davon betroffen sind somit auch sichere E-Mail-Dienste und verschlüsselte Messenger-Anbieter*innen. Durch die Ausweitung der Identifikations- und Aufbewahrungspflichten greift die Revision der Verordnung über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (VÜFP) erheblich in das Recht auf Privatsphäre ein. «Diese Revision wäre ein besonders schwerer Schlag für diejenigen, die zur Ausübung ihrer Rechte oder ihres Berufs auf vertrauliche Kommunikation angewiesen sind: Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Anwalt*innen, Ärzt*innen, Whistleblower*innen. Durch die Gefährdung der Vertraulichkeit ihrer Kommunikation würden ihre Sicherheit und ihre Arbeit ernsthaft gefährdet», sagt Illan Acher, Themenverantwortlicher Überwachung und Privatsphäre bei Amnesty Schweiz.

WILLKÜRliche HINRICHTUNG

IRAN Am 30. April gab der Iran bekannt, einen etwa 30-jährigen Mann namens Mohsen Langarneshin durch Erhängen hingerichtet zu haben. Er war wegen Spionage für den israelischen Geheimdienst und wegen angeblicher Beteiligung am Tod eines iranischen Offiziers im Jahr 2022 für schuldig befunden worden. Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivist*innen verurteilten die «aussergerichtliche Hinrichtung» nach einem «willkürlichen» Prozess. Es ist nicht das erste Mal, dass der Iran Personen wegen Spionage für seinen Erzfeind Israel zum Tode verurteilt. So wurden im Januar 2024 vier Angehörige der kurdischen Minderheit erhängt, und im Dezember 2023 hatte einen Mann im Süden des Landes das gleiche Schicksal ereilt.



ANGRIFFE AUF MEDIZINISCHES PERSONAL

MYANMAR Die Militärregierung nutzt das verheerende Erdbeben vom 28. März, um gegen die Bevölkerung in den von der Opposition kontrollierten Gebieten vorzugehen. Einen Monat nach der Katastrophe, die zwischen 5300 und 10000 Opfer forderte, waren die Zugänge zu Krankenhäusern in den vom Bürgerkrieg betroffenen Regionen immer noch blockiert. Seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2021 greift das Militär dort die Infrastruktur und das medizinische Personal an, was verheerende Folgen für die Gesundheitsversorgung hat. Seit dem Staatsstreich wurden mindestens 872 medizinische Fachkräfte festgenommen, 74 getötet und 263 Gesundheitseinrichtungen angegriffen, wodurch die Gesundheitssysteme erheblich geschwächt wurden. Die Vereinten Nationen schätzen, dass 2 Millionen Menschen aufgrund des Erdbebens Hilfe benötigen, zusätzlich zu den fast 20 Millionen, die bereits vor der Katastrophe auf Hilfe angewiesen waren.



Familienangehörige vor dem Gericht in Tunis nach einem Massenprozess gegen Oppositionspolitiker*innen, Journalist*innen und Anwalt*innen, die wegen angeblicher Verschwörung zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.



AKTUELL _ IM BILD

In **Gaza** liegt kaum ein Stein mehr auf dem andern. Auch die islamische Universität von Gaza, eine der grössten palästinensischen Hochschulen, liegt in Schutt und Asche – wie die Mehrheit der Gebäude im Gazastreifen, darunter fast alle Bildungseinrichtungen. Die Moschee der Universität liegt ebenfalls in Trümmern, obwohl deren Zerstörung gegen internationales Recht verstösst. Vor dem Krieg studierten hier mehr als 17 000 Personen, von Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin bis hin zu Literatur und Handel. Mehr als 60 Prozent der Student*innen waren Frauen. Zu ihnen hatte auch Mervat al-Bassiouny gehört, die am 11. April ihre ehemalige Alma Mater besucht und die während des Konflikts ein Bein verloren hat.

DIKTATUR AUF LEISEN SOHLEN



© André Gottschalk

Clément Girardot ist freier Journalist mit Schwerpunkt Kaukasus. Er schreibt für mehrere französischsprachige Medien und arbeitet regelmässig mit unserem Magazin zusammen.

Es ist ungefähr 6 Uhr morgens an diesem Mittwoch, dem 12. Februar, als mir ein Polizist nach mehr als einer Stunde Wartezeit am Schalter der Passkontrolle am Flughafen von Tiflis ein schlecht bedrucktes Blatt in die Hand drückt, um mir mein Einreiseverbot mitzuteilen. Als Begründung hat er das Kästchen «andere Gründe» angekreuzt. Ich wurde also nicht wegen eines Verbrechens, einer unbezahlten Geldstrafe, ungültiger Dokumente oder der Gefahr einer Störung der öffentlichen Ordnung verbannt.

Seit 2010 und meinem ersten Besuch in Georgien wurden meine Pässe immer wieder mit Stempeln bedeckt. Ich hatte nie irgendwelche Probleme mit den Grenzbeamten*innen oder der Polizei gehabt. Für mich ist klar: Ich werde wegen meiner journalistischen Arbeit nicht ins Land gelassen. Welcher meiner Artikel hat wohl missfallen? Oder sind es meine Posts in den sozialen Netzwerken, die vor den Repressionen der Behörden in Tiflis warnen? Was könnte dieser mysteriöse «andere Grund» sein?

Offiziell erfahre ich nicht viel mehr. Über meine Kontakte höre ich jedoch, dass mein Name auf der «roten Liste» des Inlandsgeheimdienstes steht, da ich eine Bedrohung für die Regierung darstellen würde.

Georgien, einst ein Vorzeigeland für den gelungenen Übergang zu einer Demokratie, ist in den letzten Jahren in die Gruppe der «illiberalen Demokratien» abgedrückt. Es fährt nun mit Schwung auf der Autobahn der mafiösen Autokratie. Allerdings mit einer Besonderheit: Der fragliche Autokrat hat kein offizielles politisches Amt inne. Es handelt sich lediglich um den reichsten Mann des Landes, den Oligarchen Bidzina Iwanischwili.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine hat sich die georgische Regierung unter der Partei mit dem Namen «Georgischer Traum» nach und nach in einer parallelen Realität eingeschlossen, die von prussischen Verschwörungstheorien geprägt ist.

Georgische Journalist*innen zahlen bereits einen hohen Preis für diesen Irrweg. Nach den Wahlen am 26. Oktober 2024 und der Kehrtwende in Bezug auf den EU-Beitrittsprozess am 28. November wurden lokale Reporter*innen gezielt von der Polizei ins Visier genommen. Parallel dazu verdoppelte die Regierung ihre gesetzgeberischen Bemühungen, um die letzten unabhängigen Medien finanziell auszutrocknen.

Russische oder belarussische Oppositionsjournalist*innen waren bereits in den vergangenen Jahren willkürlich ausgewiesen worden. Es war nur eine Frage der Zeit, bis dies auch westliche Medienschaffende traf.

Im Gegensatz zum Putin-Regime setzt der «Georgische Traum» jedoch nicht auf medienwirksame Aktionen. Die Partei greift vorzugsweise unabhängige Journalist*innen an, die keine Redaktion haben, die sie unterstützt, oder die nicht bekannt genug sind, um Aufmerksamkeit zu erregen. Besonders stark sind ausländische Medienschaffende betroffen, die ihre Solidarität mit der Bevölkerung bekundet oder sich kritisch über die Regierung geäussert haben. Diese relativ unauffällige Repression – deren Kernmerkmal Willkür und Straffreiheit sind – trifft nacheinander verschiedene soziale und berufliche Gruppen. Das Ziel besteht zweifellos darin, mit geringem Aufwand ein Gefühl der Angst und der allgemeinen Unsicherheit zu schüren.

Alle wissen, dass keine Gegenmacht die illegalen Entscheidungen der Polizei, die von einer gefügigen Justiz bestätigt wurden, rückgängig machen wird. Diese Strategie der systematischen Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Aber sie vertieft sich ohne physische Gewalt, ohne Tote und damit ohne allzu grosse diplomatische Turbulenzen. Sie wirkt wie ein Gift, das die letzten Überreste der georgischen Demokratie langsam, aber sicher zerstört. |

Die von US-Präsident Donald Trump errichtete Mauer an der Grenze zu Mexiko ist mehr als nur ein Zaun. Sie ist auch Sinnbild für eine Politik, die Ausgrenzung, Spaltung und die Angst vor dem anderen zur Doktrin erhebt. Doch im Schatten der Mauer gibt es auch die anderen Vereinigten Staaten. Mit Zufluchtsstädten, in denen Menschen ohne Papiere geschützt werden. Mit Universitäten, die der Zensur widerstehen. Mit Minderheiten, die sich nicht mehr alles gefallen lassen. Mit Menschen, die sich mutig gegen diese Politik stellen.

Die Grenzen der Macht





Die Menschenrechte in den USA sind in Gefahr

Wir erleben derzeit eine gezielte Aushöhlung der Menschenrechte durch die Regierung von Donald Trump, die Millionen Menschen gefährdet. Gemeinsam wehrt sich unsere globale Bewegung gegen diese Angriffe und verteidigt die Würde und die Rechte aller Menschen. Von Paul O'Brien

Seit dem ersten Tag seiner zweiten Amtszeit führt Präsident Trump einen unerbittlichen Angriff auf die Menschenrechte in den USA und weltweit. Die Regierung von Präsident Trump regiert mit Grausamkeit und Chaos, abweichende Meinungen werden unterdrückt.

Massenabschiebungen, Familientrennungen, Asylbeschränkungen und die Inhaftierung von Migrant*innen haben Familien auseinandergerissen. Die Politik der Regierung verstößt nicht nur gegen internationale Menschenrechtsgesetze, sondern hat auch weit verbreitete Angst und Unsicherheit unter unseren Nachbar*innen, Familien und Menschen mit Migrationshintergrund ausgelöst.

Präsident Trumps erzwungene Schliessung der Bundesprogramme für Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion (DEI) und seine Drohung, Schulen wegen Diversitätsinitiativen die Mittel zu streichen, sind ein direkter Angriff auf die Gerechtigkeit. Die Angriffe gegen trans Menschen, darunter Exekutivverordnungen gegen trans Sportler*innen oder der Ausschluss von trans Menschen aus der Armee, bedroht die Sicherheit und Würde der Betroffenen und verweigert ihnen das Recht, frei und ohne Diskriminierung zu leben.

Unterdrückung abweichender Meinungen |

Das harte Vorgehen der Trump-Regierung gegen friedliche Proteste – insbesondere an Hochschulen – hat sich zu einem regelrechten Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung ausgeweitet. Student*innen-Proteste gegen den an-

haltenden Völkermord in Gaza wurden mit Schikanen, Festnahmen und Abschiebungsdrohungen beantwortet.

Nehmen wir den Fall von Mahmoud Khalil, einem frischgebackenen, palästinensischen Absolventen der Columbia University, der trotz legalem Daueraufenthaltsstatus inhaftiert wurde und nun mit der Abschiebung rechnen muss. Dieser Präzedenzfall zeigt, dass alle, die es wagen, ihre Meinung zu sagen, bedroht sind.

Auch die Pressefreiheit gerät massiv in Bedrängnis: Medienschaffende werden verfolgt, der Zugang zum Weissen Haus wird beschränkt, und Medien, die nicht Donald Trumps Meinung sind, werden gar verklagt.

Die globalen Auswirkungen | Wir erleben auch, wie das internationale Menschenrechtssystem ausgehöhlt wird. Wenn die USA den Menschenrechten den Rücken kehren, sind die Auswirkungen weltweit zu spüren.



Paul O'Brien ist Geschäftsführer von Amnesty International USA.

Vom Austritt aus dem Uno-Menschenrechtsrat über die Kürzung lebensrettender Auslandshilfe bis hin zu Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof: Die Trump-Regierung untergräbt die globalen Institutionen und Regeln, die zum Schutz der am stärksten marginalisierten Menschen geschaffen wurden. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen war nicht nur leichtsinnig, sondern auch ein Schlag für Millionen von Menschen, die bereits unter klimabedingter Hungersnot, Armut und Vertreibung leiden. Und der Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation und die Verschärfung der sogenannten «Global Gag Rule» stellen Ideologie über das Menschenrecht auf Gesundheit: Organisationen, die HIV- und Aids-Programme oder Müttergesundheit unterstützen, erhalten keine Mittel mehr, wenn sie auch Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen anbieten.

Wir wissen, dass dies nicht alles mit Präsident Trump begonnen hat. Aber es ist klar, dass seine Regierung einer weltweit erstarkenden Bewegung gegen Menschenrechte Schwung verliehen und ihr eine gewisse Legitimität verschafft hat.

Auf allen Ebenen | Amnesty International hat sich schon immer den grössten Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte gestellt, und das werden wir auch weiterhin tun. Kein Staatschef und keine Regierung steht über der Kritik. In den USA werden wir stolz unsere Arbeit fort-

führen, Missbräuche dokumentieren und aufdecken und uns durch Basisaktivismus, Koalitionsbildung und globale Solidarität für Veränderungen einsetzen.

So haben wir die Kampagne «Dismantle the Mass Deportation Machine» gestartet, mit welcher wir unsere Unterstützer*innen auffordern, Briefe an die Kongressmitglieder zu schicken, damit sich diese gegen die geplante halbe Milliarde Dollar aussprechen, durch die die Weiterführung der fremdenfeindlichen Einwanderungspolitik von Präsident Trump finanziert werden soll.

Mit einer weiteren Briefaktion möchten wir die Posteingänge der Kongressmitglieder ebenfalls fluten. Wir fordern den Kongress auf, die Entscheidung, die Gelder für die US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) zu streichen, rückgängig zu machen. Die Schliessung von USAID ist nicht nur schädlich für Menschen auf der ganzen Welt – ohne Bestätigung des Kongresses ist sie auch illegal.

Ausserdem hat Amnesty International USA mit der American Civil Liberties Union im April eine Kampagne für College- und Universitätsstudent*innen gestartet, um ihre Campuse vor den Angriffen der Trump-Regierung auf die Meinungsfreiheit, die akademische Freiheit und integrativen Lernumgebungen zu schützen.

Wir setzen uns für Migrant*innen ein, die unrechtmässig in Ausschaffungshaft genommen wurden, und unterstützen deren Familien. Ebenso machen wir uns auch für die Rechte weiterer Minderheiten – so von LGBTI*-Menschen – stark. Und wir sehen uns als Amnesty USA mehr denn je verpflichtet, die Auswirkungen der US-Aussenpolitik zu kritisieren: Wir fordern unter anderem den Stopp von Waffenlieferungen nach Israel. Wir verlangen, dass die USA alles tun, um den Schutz der Zivilpersonen in Gaza oder auch im Sudan sicherzustellen. Das alles sind nur wenige Beispiele der unzähligen Aktivitäten, mit welchen wir den Entscheidungen und Auswirkungen der Trump-Politik entgegenreten.

Gemeinsam voranschreiten | Die Arbeitslast ist riesig, aber unser Widerstand ist unbedingt nötig. Daher sind für uns die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit der globalen Bewegung von Amnesty International entscheidend für den Schutz der Menschenrechte.

Lasst uns mutig sein. Lasst uns laut bleiben. Wir stehen gemeinsam mit Amnesty-Mitgliedern auf der ganzen Welt in Solidarität und kollektiver Stärke. So schützen wir die Menschenrechte für alle, überall. Gemeinsam können wir das schaffen. |

Am 5. April demonstrierten in New York mehr als 15 000 Menschen gegen die Politik der Regierung.



© Lev Radin / shutterstock



Wie Städte gegen Unrecht rebellieren

Die sogenannten Sanctuary Cities in den USA pflegen einen menschlichen Umgang mit Migrant*innen – und sind somit ein Dorn im Auge der Trump-Regierung. Doch die Städte leisten Widerstand gegen die neue Politik aus Washington. Von Arndt Peltner

Täglich kommen neue präsidiale Anordnungen und Dekrete aus dem Oval Office. Dazu noch jede Menge neue Direktiven aus den Ministerien, die alles über den Haufen werfen, was vorher gegolten hatte. Das Tempo, mit dem Präsident Trumps Regierung vorgeht, sei beeindruckend, meint Chrissie Juliano, Executive Director der «Big Cities Health Coalition», eines Verbunds von 35 Metropolregionen in den USA, die im Bereich «Public Health» zusammenarbeiten. «Im öffentlichen Gesundheitswesen wussten wir, dass es politische Veränderungen, Finanzierungskürzungen und Entlassungen geben würde. Aber ich bin überrascht über die Geschwindigkeit und das Ausmass, mit dem all dies passiert.»

Finanziert wird die Koalition bislang auch durch Bundeszuschüsse in Höhe von einer halben Milliarde Dollar im Jahr. Dass die Beiträge für allgemeine Präventionsmassnahmen in der Gesundheitsvorsorge und für gezielte Programme für benachteiligte Bevölkerungsgruppen weiterhin fließen werden, ist unwahrscheinlich. Denn die «Big Cities Health Coalition» arbeitet mit dem Begriff «health equity», Gerechtigkeit im Gesundheitswesen. Genau damit macht sich die überparteiliche Koalition in Trumps Amerika verdächtig, auch wenn – wie Chrissie Juliano betont – «equity» (Gerechtigkeit) hier etwas anderes bedeutet als in «DEI», dem bei der neuen Regierung verschrien Begriff für Diversity, Equity, Inclusion. «Wir wissen aufgrund der Datenlage, dass es Gemeinden mit Menschen

gibt, die einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind. Gesundheitsgerechtigkeit ist somit eine Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens, egal, wie man es nennt», sagt Chrissie Juliano.

Viele der Städte und Gemeinden, die in der «Big Cities Health Coalition» zusammenarbeiten, sind nicht nur wegen ihres Gleichheitsgrundsatzes im Gesundheitswesen Ziel der Trump-Administration geworden, sondern auch, weil sich einige als «Sanctuary Cities» verstehen – sogenannte Zufluchtsstädte, die für die Rechte all ihrer Einwohner*innen einstehen (siehe Kasten). Diese sind ein rotes Tuch für Trump, der in seinem Wahlkampf diese Städte als Hort der Gewalt und des Chaos bezeichnete, wobei er auf wenige Gewalttaten von «undocumented immigrants» verwies. Dabei belegen die Statistiken, dass es in den Sanctuary Cities nicht mehr Gewalt gibt – im Gegenteil. Das liege daran, dass Opfer von Verbrechen hier auch ohne legalen Aufenthaltsstatus zur Polizei gehen und kommunale Dienstleistungen, wie präventive Angebote in Anspruch nehmen könnten, ohne selbst Repression befürchten zu müssen, so eine Analyse des National Immigration Law Center.

Ressourcen für statt gegen die Bevölkerung |

«Das Konzept der Sanctuary City ist keineswegs illegal», sagt Libby Schaaf, die von 2015 bis 2023 Bürgermeisterin im kalifornischen Oakland war, einer Grossstadt gleich gegenüber von San Francisco. Die Stadtverwaltung in Oakland stellt sich seit 1986 schützend vor alle ihre Einwohner*innen, egal, welchen legalen Aufenthaltsstatus sie haben. Damals reagierte die Stadt auf die Gewalt in El Salvador, Guatemala, Haiti und Südafrika und hiess Migrant*innen willkommen. San Francisco folgte diesem Beispiel drei Jahre später. «Die Gemeinden entscheiden selbst über die Verwendung ihrer Ressourcen und nutzen sie nicht zur Durchsetzung der trumpischen Einwanderungsgesetze. Im Gegenteil: Sie setzen die eigenen Mittel gezielt für statt gegen die Einwohner*innen ein», sagt Libby Schaaf.

Ganz Kalifornien wurde 2017 unter Gouverneur Jerry Brown ganz offiziell ein «Sanctuary State», da Donald Trump in seiner ersten Amtszeit drohte, die rund 1,8 Millionen Menschen abschieben zu wollen, die im Bundesstaat ohne legalen Status leben. Kalifornien

Arndt Peltner ist freier Journalist und lebt in Oakland.

Arbeitsmigrant*innen sind von den Abschiebungen besonders betroffen. Im März protestierten mehr als 5000 Menschen in Kalifornien für ihre Rechte.

ging damit ganz bewusst und gezielt auf Konfrontationskurs mit Donald Trump.

Libby Schaaf machte bereits im Februar 2018 ihre Erfahrungen mit ihm: «Ich stand auf seiner Feindesliste. Denn als ich Bürgermeisterin von Oakland war, hatte ich öffentlich vor einer bevorstehenden Razzia der Einwanderungsbehörde ICE, von der ich vorab erfahren hatte, gewarnt.» Donald Trump versuchte darauf, Libby Schaaf wegen Behinderung der Justiz zu verklagen, und behauptete, sie habe durch ihre Warnung Bundesgesetze verletzt. Dafür gab es aber keine rechtliche Grundlage.

Libby Schaaf weiss daher genau, was die nun angedrohten Kürzungen von staatlichen Bundesmitteln für eine Gemeinde wie Oakland bedeuten können. Donald Trump liess 2018 Gelder für die öffentliche Sicherheit und präventive Programme gegen Jugend-

«Die Gemeinden setzen die eigenen Mittel gezielt für statt gegen die Einwohner*innen ein.»

Libby Schaaf, ehemalige Bürgermeisterin von Oakland.

gewalt sperren, die erst nach weiteren Gerichtsklagen ausgezahlt wurden. «Alleine die kurzzeitige Aussetzung von Geldern kann grossen Schaden anrichten, selbst wenn die Gerichte das letztendlich stoppen würden. Und genau deshalb haben viele Bürgermeister*innen dieses Mal mehr Angst davor, sich zu wehren.»

Präsident Trump macht auch dieses Mal ernst: «No more Sanctuary Cities. Wir arbeiten an Anordnungen, um all diesen Städten und Staaten sämtliche Bundesmittel zu entziehen!», verbreitete er kürzlich auf seinem Truth-Netzwerk.

So kündigte das Justizministerium Ende April an, zwei Millionen Dollar für das erfolgreiche Gewaltpräventionsprogramm «Ceasefire» der Organisation Youth Alive in Oakland zu streichen. Und das, obwohl dieses Programm laut lokalen Expert*innen der Grund für den 40-prozentigen Rückgang der Mordzahlen in Oakland ist.

Schutz inmitten der Todeszone | Noch wehren sich Gemeinden, Bezirke und Bundesstaaten sowie einzelne Behördenmitglieder gegen diese Politik. Pima County, ein Grenzbezirk südlich der Grossstadt Tucson in Arizona, ist ein selbsternannter Sanctuary Bezirk. Hier gab es lange Zeit die meisten illegalen Grenzübertritte – obwohl das Gebiet im Herzen der Sonora-Wüste als einer der tödlichsten Bezirke für Migrant*innen galt. Denn zwischen dem Grenzzaun, der «Trump-Wall», und einem sicheren Ort liegen mehr als 30 Kilometer unwirtliche Wüste, in der es im Sommer mehr als 45 Grad heiss werden kann. Wer hier nicht genügend Wasser mit sich führt, stirbt elendig. Regelmässig werden menschliche Überreste gefunden.

Patrick Guerin ist Deputy Sheriff in Pima County. Der 27-Jährige ist seit drei Jahren im Einsatz. Er steuert den Geländewagen von der Kleinstadt Ajo raus in die Wüste. Die Kartelle im Norden Mexikos, die den Drogenschmuggel und die Fluchtrouten kontrollieren, ver-

ändern diese immer wieder geschickt. Die Wege nach Norden sind seit den 80er-Jahren noch gefährlicher geworden. Mit der Militarisierung der Grenze und dem Bau eines gesicherten Grenzzaunes wurde bereits unter Bill Clinton begonnen. Die «Coyotes», die Schmuggler, führen die Migrant*innen auf immer abgelegene Routen über die Grenze, über Bergkuppen, wo der Zaun noch nicht fertiggestellt wurde, oder tief hinein in die Sonora Wüste. «Es ist schwierig vorherzusagen, welche Route genommen wird, denn die Kartelle bekriegen sich darum, wer Anspruch auf welche Route hat», sagt Patrick Guerin. Er fährt immer tiefer hinein in die Wüste, am Horizont ist die «Trump-Wall» wie eine dunkle Narbe zu sehen.

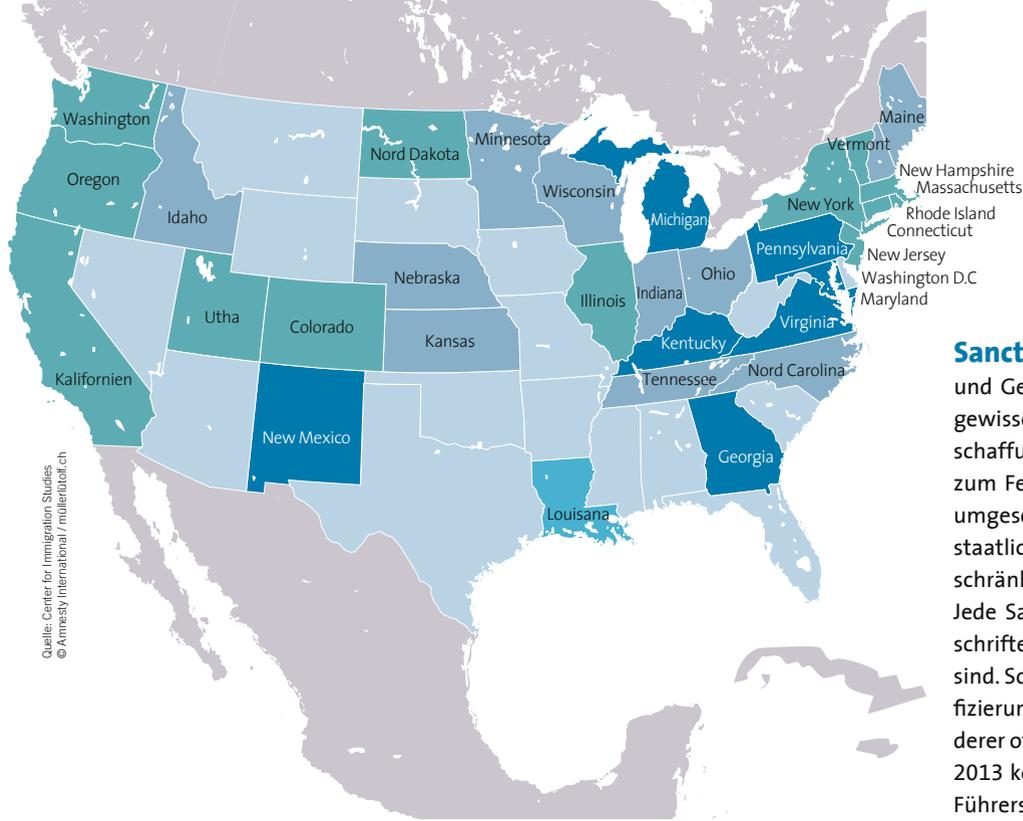
«Als Angestellte des Bezirks setzen wir Deputies keine Bundesgesetze durch. Wir sind also keine Bundespolizei, sondern nur für die Strafverfolgung in Arizona zuständig. Illegale Einwanderung ist aber

eine Bundesangelegenheit. Wir fragen die Einwanderer*innen höchstens: «Brauchen Sie Wasser? Können wir Ihnen helfen?». Und wenn sie in Not sind, rufen wir einen Krankenwagen. Aber im Grossen und Ganzen alarmieren wir, ausser unter besonderen Umständen, nicht die Grenzpolizei, um sie über mögliche illegale Ausländer*innen zu informieren.»

Auf unserer Fahrt treffen wir mehrmals auf Einsatzkräfte der Border Patrol. Es sei ein kollegiales Zusammenarbeiten, meint Guerin. Darauf legt auch Sheriff Chris Nanos grossen Wert. Der Endsechziger ist in Pima County für die Rettung und Bergung der Menschen in der Wüste verantwortlich. Für ihn sei das Problem an der Grenze eine rein politische Frage. Man könne sie lösen, wenn man denn wolle. «Vielleicht sollten wir uns unsere Einwanderungspolitik genauer ansehen. Es gibt hier Menschen, die seit 30, 40, 50 oder mehr Jahren in diesem Land leben und die keine Kriminellen, keine schlechten Menschen sind. Sie sind unsere Nachbar*innen. Wie wäre es, wenn der Prozess, um legal ins Land zu kommen und die Staatsbürgerschaft zu erlangen, nicht 5 bis 10 Jahre, sondern 12 Monate dauern würde?»

Die Angst geht um | Solche Worte würde man im kalifornischen Farmland gerne hören. Am Cesar Chavez Day, dem 31. März, kamen in Delano, dem Herzen der kalifornischen Landwirtschaftsregion, weit über 5000 Menschen zusammen, um gegen die Regierung Trump zu demonstrieren. «Stand with immigrant workers» war der gemeinsame und lautstarke Ruf der Farmerarbeiter*innen und von Gewerkschaften, die ihre Solidarität mit der Gewerkschaft United Farm Workers of America Union (UFW) bekunden wollten.

Vorausgegangen waren erste Verhaftungen der Immigrationspolizei ICE in genau diesem Bezirk, Kern County. Man wolle Angst verbreiten, so Antonio De Loera-Brust, Sprecher der UFW. «In Kern



Quelle: Center for Immigration Studies
© Amnesty International / müllerhof.ch

In den USA bezeichnen sich rund 200 Städte und Gemeinden als Sanctuary Cities.

- Sanctuary-Staat
- Staat mit Sanctuary-Bezirken
- Staat mit Sanctuary-Städten
- Staat mit Sanctuary-Städten und -Bezirken

Sanctuary Cities (Zufluchtsstädte) bezeichnet Städte und Gemeinden, die illegalisierten Migrant*innen einen gewissen Schutz vor Verfolgung oder drohender Ausschaffung bieten. So werden zum Beispiel Anordnungen zum Festhalten von «undocumented immigrants» nicht umgesetzt und die Zusammenarbeit mit den bundesstaatlichen Einwanderungsbehörden zumindest eingeschränkt.

Jede Sanctuary City legt ihre eigenen Gesetze und Vorschriften fest, weshalb die Regelungen unterschiedlich sind. So werden in einigen Städten Dokumente zur Identifizierung herausgegeben, die unabhängig vom Besitz anderer offizieller Dokumente als Ausweispapier gelten. Seit 2013 können Migrant*innen in Kalifornien einen legalen Führerschein beantragen, wenn sie belegen können, dass sie im «Golden State» leben. In vielen Sanctuary Cities erhalten Bewohner*innen ohne Papiere Zugang zu lokalen Dienstleistungen wie Bildung und Lebensmittelbanken. Sanctuary Cities gibt es – teils unter anderen Namen wie «solidarische Städte» – auch in anderen Ländern. So folgen Barcelona, Glasgow oder Amsterdam diesem Konzept, das auch in Schweizer Städten diskutiert wird.

County arbeiten wahrscheinlich fast hunderttausend Landarbeiter*innen, gut die Hälfte von ihnen Arbeitspapiere. Die Immigrationpolizei hat etwa 200 festgenommen, von denen wahrscheinlich 70 bis 80 abgeschoben wurden. Das ist ein sehr kleiner Prozentsatz der hiesigen Landarbeiter*innen – ich möchte damit den Schmerz, die Trauer und das Trauma, das diese Familien durchmachen mussten, keineswegs herunterspielen. Für die meisten anderen Farmarbeiter*innen hatte das vor allem Angst zur Folge.»

Angst hat auch Ronaldo aus Guatemala, der im Protestzug mitmarschiert, anfangs mit dem Reporter aber nicht reden will. Doch dann meint er, er sei seit 16 Jahren in den USA. Arbeite hart, habe sich hier ein Leben aufgebaut, eine Frau, zwei Kinder: «Wir alle haben Angst, dass wir nun verhaftet und abgeschoben werden. Aber ich muss ja arbeiten. Ich muss meine Miete zahlen, für meine Kinder sorgen.» Er habe lange überlegt, ob er an diesem Protestzug mitmarschieren solle. Aber verstecken bringe nichts, sagt er und lächelt.

Antonio De Loera-Brust ergänzt: «Was uns Sorgen bereitet, ist, dass Arbeiter*innen aus Angst vor einer Abschiebung weniger bereit sind, über Lohndiebstahl, unsichere Arbeitsbedingungen und andere Verstöße gegen das Arbeitsrecht zu sprechen. Diese Kultur der Angst verschlechtert in Wirklichkeit die Arbeitsbedingungen und Löhne nicht nur für Arbeiter*innen ohne Aufenthaltspapiere, sondern für alle Menschen in dieser Branche.»

Auch der evangelische Pfarrer Ben Daniel, der der kleinen Montclair Presbyterian Church in Oakland vorsteht, kennt diese Angst in

seiner Gemeinde. Diese mischt sich schon seit Jahren mutig ein und benennt soziales Unrecht. Schon zu Donald Trumps erster Amtszeit hatte die Gemeinde einer «undocumented family», einer Familie ohne Aufenthaltsstatus, Unterschlupf gewährt. Ein Akt der Nächstenhilfe, sagt der Pfarrer. Doch nun? «Die Angst ist real», sagt Ben Daniel. «Auch ich habe Angst, es ist nur eine Frage der Zeit, bis progressive Christ*innen ins Visier dieser Administration geraten. Und ich weiss nicht, was dann geschehen wird.»

Der Pastor sieht die Kirchen in Zeiten wie diesen in einer historischen Verantwortung: «Presbyterianer*innen wie ich und andere progressive Christ*innen wissen, dass die Geschichte über uns richten wird. So wie über die Rolle der Kirchen in Nazi-Deutschland oder im amerikanischen Süden während der Sklaverei geurteilt wird. Die Menschen werden uns dereinst fragen: ‚Was habt ihr getan?‘»

Er spricht das allwöchentlich in seinen Predigten an, wissend, dass er damit in Schwierigkeiten geraten kann. «Genau deshalb muss ich als Pastor weiterhin meine Stimme erheben. Andere werden gefeuert, verhaftet, inhaftiert und abgeschoben, alles ohne ordnungsgemässes Verfahren», sagt Daniel. «Diejenigen von uns, die noch dazu in der Lage sind, müssen ihre Kanzeln, ihre Publikationen, ihre sozialen Medien, ihre Blogs, ihre Autoaufkleber und was auch immer nutzen. Wir müssen unsere Stimme erheben, solange wir können, um ein gewisses Mass an Vernunft in unseren Gemeinden zu bewahren.»



Kritische Medien werden von Präsident Trump beschimpft, ignoriert oder ausgeschlossen.

Von wegen freie Rede

Die Trump-Regierung greift die Medien genauso an wie Forschungsinstitutionen oder unliebsame Behörden – und das ausgerechnet mit dem Argument der Meinungsfreiheit.

Kommentar von Thibaut Bruttin, Reporter ohne Grenzen

Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten markiert nicht nur den Beginn einer neuen politischen Ära, sondern schlägt auch ein neues Kapitel in der Geschichte der US-Medien auf. Und es ist der Start der Angriffe gegen Europa, dem unter dem Begriff «Free Speech» Zensur vorgeworfen wird.

Im Wahlkampf spielte der amerikanische Journalismus nur eine Randrolle, die klassischen Medien wurden längst von den Influencer*innen und dem Infotainment verdrängt. Die Journalist*innen beschränkten sich auf das Fact-Checking selbst des letzten Unsinns, den die Kandidat*innen verbreiteten. Schlimmer noch: Die traditionellen Medien wurden vom künftigen Präsidenten instrumentalisiert. Donald Trump wurde letztlich nicht trotz seines Antagonismus zu den Nachrichtenmedien gewählt, sondern gerade, weil er sie zu seinem designierten Feindbild gemacht hatte.

In diesem Antagonismus geht es Präsident Trump mehr um Rache, denn um eine politische Agenda. Das zeigt sich an der Heftigkeit, mit der er Medien, allen voran die Nachrichtenagentur Associated Press, angreift. Wie kann man Leute ernst nehmen, die Journalist*innen aus dem Presseraum verbannen, weil sie den Begriff «Golf von Amerika» nicht verwenden? Präsident Trumps Politik ist ein Witz, doch hat sie grosse Auswirkungen auf die Zukunft der Demokratie.

Am 6. Februar kündigte Elon Musk als Chef der Abteilung für Regierungseffizienz DOGE per Tweet an, dass die Zeitungsabonnemente der amerikanischen Botschaften gekündigt werden. Dann wurde am 14. März die Finanzierung des amerikanischen Auslandsrundfunks gestoppt, dabei sind Kanäle wie Voice of America, Radio Free Europe oder Radio Free Asia nicht nur Instrumente der amerikanischen Soft

Power, sondern auch die wichtigste zuverlässige Informationsquelle für Millionen Menschen in repressiven Regimen.

Donald Trump hat gewonnen. Seine Kritiker*innen analysieren jetzt seine Medienstrategie und ziehen ihre Lehren daraus. Populistische Politiker*innen weltweit nutzen nun Trumps «Handbuch» und machen es ihm nach.

Der US-Präsident missbraucht mit der Forderung nach «Free Speech» die Meinungsfreiheit, die gerade in den USA immer wieder beschworen wird. In Folge der Kritik an Europa durch den US-Vizepräsidenten J. D. Vance an der Münchener Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2025 riefen die europäischen Staats- und Regierungschefs dazu auf, die Meinungsfreiheit zu verteidigen, die in Gefahr sei. Eine seltene Zeit, in der Bürger*innen, Politiker*innen und auch die Journalist*innen selbst die Verteidigung der Meinungsfreiheit in den Fokus stellen, in der aber niemand von der Pressefreiheit spricht.

Es scheint, als müsste man sich zwischen Meinungsfreiheit und Pressefreiheit entscheiden. Dabei gibt es keinen Widerspruch zwischen beidem und keinen Zwang, das eine gegenüber dem anderen zu bevorzugen. Die Meinungsfreiheit wäre denn auch sinnlos, wenn Inhalte nicht auf Fakten und damit auf Journalismus beruhen würden. Eine anspruchsvolle Gesellschaft kann von diesen Rechten nur profitieren, die in vielen Verfassungen verankert sind. «Free Speech» ist eine Falle, lassen wir uns nicht täuschen. |

Thibaut Bruttin ist Generalsekretär der NGO Reporter ohne Grenzen. Er hat an der renommierten Universität Institut d'études politiques de Paris Politikwissenschaften studiert und sich für Journalist*innen in der Ukraine und in Afghanistan engagiert.

Gegen die Entrechtung

Donald Trump führte schon im Wahlkampf eine transfeindliche Polemik: Seit dem ersten Amtstag sind trans Menschen jedoch mit einer Flut von Massnahmen konfrontiert, die ihre Rechte einschränken. Doch sie wehren sich gemeinsam mit NGOs, Behörden und der Justiz. Von Kerstin Zilm



© Jacquelyn Martin / AP Photo

Mehrstimmiger Gesang klingt durch das lichtdurchflutete Connie Norman Transgender Empowerment Center. Es ist Sonntagnachmittag. Probenzeit für den Trans Choir von Los Angeles. In der Pause erzählt die fast 80 Jahre alte Chor-Mitbegründerin Kathryn Davis von einer frustrierenden Erfahrung bei der Erneuerung ihres Reisepasses. Vor knapp zehn Jahren unterzog sich Kathryn einer geschlechtsangleichenden Operation und änderte ihren Ausweis entsprechend. Anfang des Jahres lief ihr Pass ab. Im neuen Ausweis haben die Behörden ihr Geschlecht von weiblich zu männlich geändert. Sie werde dem Pass eine Notiz beilegen, sagt sie. «Darin habe ich geschrieben, dass mein Geschlecht weiblich ist und dass das M im Pass mein Geburtsgeschlecht war. Ich schreibe auch, dass ich dankbar bin, dass mein Name – Kathryn – und ein aktuelles Foto von mir benutzt wurde und damit belegt ist, dass ich eine stolze trans Frau bin.»

Sorgen macht sich Kathryn vor allem um die trans Menschen, die mitten in ihren Hormonbehandlungen stecken, so wie Chormitglied Corinne Burch. Corinne hat seit der Testosteron-Behandlung mehrere Stimmlagen durchlaufen, singt derzeit Bariton. Corinne erzählt von Freund*innen, die aus US-Südstaaten nach Kalifornien ziehen wollen. «Sie suchen einen Ort, wo sie sicher sein können, dass die Hormonversorgung nicht unterbrochen wird. Ich bin hier zum Glück gut aufgehoben.» Kalifornien hat sich 2022 zum Zufluchtsort für trans Menschen erklärt und gehört zu den 15 US-Bundesstaaten, die von Bürgerrechtsorganisationen als LGBTI*-freundlich eingestuft werden.

Doch andere US-Bundesstaaten und die Verwaltung in Washington haben seit Donald Trumps Wahl zum US-Präsidenten mehr als 570 Anti-LGBTI*-Gesetzesentwürfe vorgelegt, wie eine Studie der amerikanischen Bürgerrechtsverei-

nigung ACLU ergab. Donald Trump versprach in seiner Antrittsrede, er werde nur zwei Geschlechter anerkennen – männlich und weiblich –, und unterschrieb bereits am ersten Tag seiner Präsidentschaft eine entsprechende Verfügung. Die US-Regierung schränkt seither den Zugang zu Ausweisdokumenten für trans Personen ein und droht Krankenhäusern mit der Streichung von Bundesmitteln, wenn sie geschlechtsangleichende Behandlungen durchführen. Sie hat Informationen für und über trans Menschen auf Websites der Regierung gelöscht, will trans Personen vom Militär und Frauensport ausschließen und verpflichtet Gefängnisse, trans Frauen mit männlichen Häftlingen unterzubringen – wo ihnen schwere sexualisierte Gewalt droht – und geschlechtsangleichende Behandlungen einzustellen.

Gemeinsamer Widerstand | Das alles löse in der LGBTI*-Gemeinschaft Unsicherheit aus, sagt Rechtsexpertin Elana Redfield vom UCLA-Williams-Institut für Geschlechtsidentität. «Wir wissen nicht, wie weit die Regierung gehen wird, um das Leben von trans Personen in den USA zu erschweren.» Umfragen ihres Instituts haben ergeben, dass einige trans Menschen beabsichtigen, die USA zu verlassen. «Sie recherchieren, wie und wo sie geschlechtsangleichende Versorgung erhalten können, falls die Stelle, die dies momentan anbietet, ausfällt. Wissenschaftler*innen und Angestellte des Bundes haben Angst, dass die Regierung sie wegen ihrer Identität ins Visier nimmt.»

Doch trans Menschen haben auch ihre Verbündeten. So haben die ACLU und andere Organisationen, die sich für LGBTI*-Rechte einsetzen, mehrere Klagen gegen transfeindliche Bestrebungen der Trump-Regierung eingereicht. Bundesstaaten, Städte und Gemeinden haben sich zusammengetan, um Anordnungen zu stoppen, und auch Richter*innen begegnen den Verordnungen mit Skepsis

Kerstin Zilm ist freie Journalistin und lebt in Los Angeles.



Präsident Trump führt einen regelrechten Kampf
gegen trans Personen in den USA – doch diese
setzen sich zur Wehr.

Fast die Hälfte möchte, dass trans Personen öffentliche Toiletten benutzen, die ihrem Geburtsgeschlecht entsprechen. 47 Prozent finden, im Grundschulunterricht sollte nicht über Geschlechtsidentität gesprochen werden. Dennoch gehen selbst manchen Trump-Wähler*innen die transfeindlichen Regelungen der Regierung inzwischen zu weit.

Das Video einer Parlamentssitzung im US-Bundesstaat Wisconsin ging im März in den USA viral. Im Gremium, in dem Republikaner*innen die Mehrheit haben, ging es um einen Gesetzesentwurf, der geschlechtsangleichende Behandlungen für trans Jugendliche verbieten sollte. Nach mehr als acht Stunden öffentlicher Anhörung trat der 85 Jahre alte Larry Jones ans Mikrofon. Der Republikaner entschuldigte sich bei

der anwesenden LGBTI*-Gemeinschaft und besonders bei den trans Menschen für seine Ignoranz. Er habe bei der Anhörung viel gelernt und sei gegen deren Diskriminierung, sagte er.

Im Bundesstaat Montana, den Donald Trump mit 58 Prozent der Stimmen gewann, stimmte das Repräsentantenhaus im März über einen Gesetzesentwurf ab, der trans Kinder gar von ihren Eltern trennen wollte. In der Debatte appellierte die republikanische Abgeordnete Sherry Essmann an ihre Kolleg*innen, trans Menschen nicht zu Karikaturen zu machen und das Parlament nicht mit überflüssigen Diskussionen zu belästigen. «Diese verrückten Gesetzesentwürfe sind die reine Zeitverschwendung», sagte sie. Der Gesetzesentwurf wurde mit deutlicher Mehrheit und mehr als zehn Stimmen aus den Reihen der Republikaner*innen abgelehnt.

In Los Angeles zeigt sich der Trans Choir kampfbereit – ermutigt durch die kleinsten Hoffnungsschimmer, die die amerikanische Politik noch hergibt. Chormitglied Alana Bala-got komponierte sogar einen Song: *You Cannot Erase Us* – ihr könnt uns nicht auslöschen. Es ist eine Hymne für alle von der Trump-Regierung angegriffenen Bevölkerungsgruppen. |

und in einigen Fällen mit offener Verachtung.

Insgesamt gibt es bisher zehn Klagen gegen die Anti-Trans-Politik der Regierung. Vier davon führten zu einstweiligen Verfügungen gegen die Regulierungen. Washington, Oregon, Minnesota und Colorado klagten zum Beispiel erfolgreich gegen den Versuch, die Bundesmittel für Krankenhäuser einzufrieren, die geschlechtsspezifische Behandlungen für Minderjährige anbieten. Ein Bundesrichter stoppte die Anordnung, trans Frauen in Männergefängnissen unterzubringen. Der Ausschluss von trans Personen im Militär wurde durch eine Bundesrichterin zwar vorübergehend gestoppt, der Supreme Court hat aber Anfang Mai festgehalten, dass dieser Ausschluss nicht verfassungswidrig sei.

Obsession gegen trans | Donald Trumps Wahlkampfspots erweckten den Eindruck, trans Menschen seien allgegenwärtig und eines der grössten Probleme des Landes. Rechtsexpertin Elana Redfield erklärt, warum sich die Republikaner*innen so auf diese kleine Bevölkerungsgruppe der USA einschossen. «Ihnen geht es nicht um Fakten, sondern darum, eine Gruppe zu finden, die sich schwer wehren kann. Sie machen trans Menschen zum Inbegriff der von ihnen so verachteten Diversität, Gerechtigkeit und Inklusion DEI.» Die Diffamierungen wirkten im Wahlkampf. Doch ist das Thema der trans Menschen eigentlich nur für wenige wichtig. Die meisten Leute machen sich vielmehr Sorgen um Lebensmittelkosten und um die von Präsident Trump verursachten Schwankungen im Aktienmarkt, die sich unmittelbar auf ihre Renten auswirken.

Trotzdem: Im Vergleich zu 2022 befürworten laut dem Pew Research Institut deutlich mehr erwachsene US-Amerikaner*innen Gesetze, die den Schutz von trans Menschen einschränken. Rund zwei Drittel der Befragten befürworten Gesetze, die trans Frauen in Frauenmannschaften verbieten.



Im Trans Choir von Los Angeles finden Betroffene trans Personen Trost und schöpfen Hoffnung.

© Kerstin Zilm

Widerstand der Institutionen

Im Zuge seines autoritären Umbaus des Staates greift Präsident Trump auch Institutionen des Wissens und des Rechts an, wie etwa die Universität Harvard oder das Nationale Gesundheitsinstitut. Nach dem ersten Schock regt sich Widerstand von innen. Von Lotta Suter

Der «Marsch durch die Institutionen» war vor gut fünfzig Jahren eine Strategie der Linken, um gesellschaftlichen Wandel in bestehende Einrichtungen zu bringen und diese gerechter und inklusiver zu machen. Das Vorhaben veränderte sowohl die Institutionen wie auch die linken Reformer*innen auf nachhaltige Weise. Was die US-Regierung zurzeit den Universitäten, Forschungsinstituten, Medien und Anwaltskanzleien antut, ist alles andere als ein neuer Marsch durch die Institutionen von rechts. Es ist ein Panzerangriff.

Die günstigste Zeit für Widerstand gegen solchen Autoritarismus sei immer heute, nicht erst morgen. Das sagen Leute, die das aus eigener Erfahrung wissen. In den USA sind es Stimmen wie der ehemalige russische Schachweltmeister und heutige Menschenrechtsaktivist Garri Kasparow oder die Putin-kritische russisch-amerikanische Journalistin Masha Gessen, die die amerikanischen Bürger*innen und Institutionen besonders eindringlich auffordern, möglichst rasch und entschieden gegen den Machtmissbrauch und für die Demokratie zu kämpfen. Bevor die Rechtlosigkeit, die zurzeit beim Thema Migration bereits scharf durchgespielt wird, noch mehr überhandnimmt.

Das Rad zurückdrehen | Gegen Übergriffe der neuen Regierung haben US-Bundesstaaten, Universitäten, Anwaltskanzleien, Medien, Gewerkschaften und Einzelpersonen bereits Hunderte von Rechtsklagen eingereicht. Die Anti-Oligarchie-Tournee von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez findet auch in republikanischen Regionen Zuspruch. Und Ende März protestierte der Schwarze Senator Cory Booker mit einem vielbeachteten 25-Stunden-Auftritt gegen Donald Trumps Maga-Politik. Die Marathonrede stellte einen kleinen symbolischen Sieg dar: Bookers Aufruf zum Widerstand war gut eine Stunde länger als die rassistische Tirade von Strom Thurmond gegen den Civil Rights Act von 1957, ein Bürgerrechtsgesetz, das Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder nationaler Herkunft verbietet.

Donald Trump allerdings möchte das Rad der Zeit in die McCarthy-Ära zurückdrehen, in die Jahre des Misstrauens, der Denunziation und der Verschwörungstheorien. Diejenigen US-Institutionen, die seither offener – das heisst weniger sexistisch, rassistisch und behindertenfeindlich – geworden sind, sieht Donald Trump als «ideologisch unterwandert» an. Per Dekret erklärte er, jegliche institutionelle DEI sei «illegal». DEI steht für Diversity, Equity, Inclusion, also soziale Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion. Was in den meisten Demokratien als wichtiger Wert, ja als Menschenrecht akzeptiert wird, definiert Donald Trump in den USA als gesetzeswidrig.

Der Kampf gegen DEI ist für die Maga-Regierung gleichzeitig ein wichtiges Mittel, um Trump-kritische Personen und Institutionen loszuwerden. Zehntausende von Beschäftigten im öffentlichen Sektor sind bereits entlassen worden. Ende März ist die Schliessung der US-Agentur für internationale Entwicklung angekündigt worden – mit drastischen Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Forschung als Feindbild | Ein besonderer Dorn im Auge des autokratischen Präsidenten aber sind die unabhängig organisierten, jedoch hoch subventionierten Institutionen der höheren Bildung. Donald Trump sieht die Colleges und Universitäten als konkurrenzierende Machtzentren, die über viel Geld, Wissen und Prestige verfügen. Mit scharfen Anti-DEI-Direktiven sollen die widerspenstigen Denkfabriken unter Kontrolle gebracht werden. Manche von ihnen versuchten sich zunächst anzupassen. Die Biomediziner*innen des weltweit renommierten Nationalen Gesundheitsinstituts der USA (NIH) zum Beispiel haben ihre Forschungsberichte systematisch nach Reizwörtern der neuen Regierung wie «Diversität», «Gender», «Inklusion» und sogar «Frauen» durchgeforstet. Sie hofften, mit der Streichung dieser Begriffe überlebenswichtige staatliche Forschungsgelder sichern zu können. Die Sprachsäuberung war nicht einfach, denn Disparitäten bei der Gesundheitsversorgung haben erfahrungsgemäss mit den nun «verbotenen» Kategorien wie Eth-

Lotta Suter ist freischaffende Journalistin und lebt in Vermont.



Vor dem Einstein-Wandbild in New York protestieren Demonstrant*innen gegen die beschlossenen Kürzungen bei der medizinischen Forschung und Gesundheitsversorgung.

nie, Gender oder sozialer Status zu tun. So wie in einer geplanten NIH-Studie über häusliche Gewalt während der Schwangerschaft, der die Finanzierung verweigert worden ist. Die leitende Forscherin vermutet, weil «Gleichberechtigung» im Titel stand.

Auch die renommierte Columbia University in New York versuchte es mit Beschwichtigung als Donald Trump Anfang März 400 Millionen Dollar Bundesgelder strich mit der Begründung, die Hochschule bekämpfe den Antisemitismus – gemeint sind die propalästinischen Proteste – auf ihrem Campus nicht entschieden genug. Die Verwaltung der Universität akzeptierte in der Folge eine ganze Reihe von Trump-Forderungen und gelobte «mehr institutionelle Neutralität». Die Uni erlaubte – entgegen dem Protest vieler Student*innen und Lehrkräfte – mehr Sicherheitspersonal auf dem Campus und sogar eine externe Aufsicht über gewisse Studienfächer wie Kurse über Afrika sowie über den Nahen und Fernen Osten. Doch noch immer wartet die Columbia University auf die Freigabe der blockierten Gelder.

Im Gegensatz zu Columbia wählte Harvard, eine der ältesten Eliteuniversitäten der USA, nach zum Teil heftigen internen Diskussionen die offene Konfrontation. «Die Universität wird ihre Unabhängigkeit nicht aufgeben und nicht auf ihre Grundrechte verzichten», schrieb Harvard-Präsident Alan Garber am 14. April an Donald Trump. «Keine Regierung – egal welche Partei an der Macht ist – sollte diktieren, was private Hochschulen lehren können und wen sie zum Studium zulassen.» Donald Trumps Reaktion auf den Widerspruch

war unerbittlich. Nicht nur froh der Präsident Fördergelder in Milliardenhöhe ein. Er setzt nun alles daran, Harvard den steuerlichen Sonderstatus für Hochschulen zu entziehen. Harvard hat Klage gegen Präsident Trump eingereicht. Nun liegt die Entscheidung auch hier – wie bei Hunderten von widerständigen US-Institutionen und Personen – bei der ziemlich überforderten Justiz. Bereits droht der nächste Angriff: Die US-Regierung hat Harvard Ende Mai untersagt, Student*innen aus dem Ausland aufzunehmen.

Politisch hatte Harvards Auflehnung unmittelbare Wirkung. Alan Garbers Appell beschleunigte und verstärkte den Widerstand in den rund sechzig anderen Bildungsinstitutionen, die ebenfalls DEI-Warnbriefe erhalten hatten. Rund 500 Universitätsangestellte protestierten mit ihrer Unterschrift gegen «den Übergriff der Regierung und die politische Einmischung, welche die höhere Bildung in den USA gefährden». Zwei Professoren entwarfen einen «gegenseitigen Verteidigungsvertrag», den sie etwas hochgestochen mit der Nato verglichen. Mehr als ein Dutzend grosse Universitäten haben den Aufruf zur Solidarität und zur ganz praktischen, etwa rechtlichen Beihilfe in Krisensituationen bereits unterschrieben.

«Wir betrachten jeden Angriff auf eines unserer universitären Mitglieder als Angriff auf alle von uns», heisst es in dem Anti-Trump-Bündnis der Hochschulen. Es ist zu hoffen, dass sich diese Geisteshaltung in der Zivilgesellschaft und den Institutionen der USA weiter ausbreitet. |

«Das multilaterale System ist widerstandsfähig»

Innerhalb von fünf Monaten hat die neue US-Regierung zahlreiche Massnahmen ergriffen, die die internationale Menschenrechtsordnung schwächen. Eine Gefahr für den Multilateralismus und die Institutionen, die ihn tragen? Jürg Lauber, Botschafter und derzeitiger Vorsitzender des Uno-Menschenrechtsrats (UNHCR), im Gespräch mit Baptiste Fellay.

Herr Lauber, wie ist die Stimmung im UNHCR, nachdem die USA aus dem Rat ausgetreten sind?

Die geopolitischen Spannungen und neue Machtverhältnisse stellen das multilaterale System infrage. Die allgemeine Stimmung im Palais des Nations in Genf ist von grosser Unsicherheit geprägt.

Eine der Aufgaben des Vorsitzenden des Uno-Menschenrechtsrates ist es, den Dialog zwischen den Staaten, insbesondere den Grossmächten, zu fördern. Haben Sie überhaupt noch die Möglichkeit dazu?

Ich habe mir gleich zu Beginn meiner Amtszeit im Januar die Wiederbelebung der Diplomatie als Priorität gesetzt. Dabei denke ich vor allem an die informelle Diplomatie, die ausserhalb der offiziellen Sitzungen stattfindet. Die eigentlichen

Einige Staaten vergessen, dass ihr Wohlstand von der Stabilität ihrer Region und der Welt abhängt.

Verhandlungen finden oft bei einer Tasse Kaffee statt. Während der Covid-Pandemie sind diese Räume des Dialogs praktisch verschwunden. Hinzu kommt, dass die Gefahr von Indiskretionen in den sozialen Netzwerken die Möglichkeiten für vertrauliche Gespräche verringert hat. Aber heute ist es wichtiger denn je, diese Gepflogenheiten wieder aufzunehmen, sich Zeit für den Austausch zu nehmen, die Positionen der anderen anzuhören und zu erklären, warum man einen bestimmten Standpunkt vertritt.

Kann die Uno mit dem Austritt der USA aus dem Menschenrechtsrat noch Fortschritte im Bereich der Menschenrechte erzielen?

Die Staaten treffen sich weiterhin und diskutieren. Ich bin beeindruckt von der Vielzahl der Themen, mit denen sich der Menschenrechtsrat befasst. Eine Mehrheit der Länder hat weiterhin Vertrauen in die Institutionen, die universelle Werte vertreten.

Dennoch war der Multilateralismus seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs selten so erschüttert wie heute.

Da bin ich mir nicht so sicher. Wir stehen sicherlich am Ende eines drei Jahrzehnte währenden Zeitraums mit sehr günstiger Konjunktur. Aber vergessen wir nicht, dass der Multilateralismus den Kalten Krieg überlebt hat. Das multilaterale System hat sich immer anzupassen gewusst, es ist sehr widerstandsfähig.

Sie befürchten also nicht, dass andere dem Beispiel der Trump-Regierung folgen und wir uns auf eine Welt zubewegen, in der das Recht des Stärkeren gilt?

Jedes Land verteidigt in erster Linie seine eigenen Interessen, das ist nichts Neues. Heute beobachten wir eine Tendenz, nationale Interessen enger zu definieren. Einige Staaten vergessen, dass ihr Wohlstand von der Stabilität ihrer Region und der Welt abhängt. Aber selbst ein mächtiges Land, das versucht sein könnte, einen unilateraleren Kurs einzuschlagen, braucht Verbündete und Unterstützung.

Der Rückzug der USA hinterlässt ein Lücke, die andere zu füllen versuchen, insbesondere China, das eine Politik der Unterwanderung von Organisationen betreibt. Ist mit einer Neudefinition von Werten wie den Menschenrechten zu rechnen?

Seit 25 Jahren ist der wachsende Einfluss Chinas, der Golfstaaten und anderer Länder in den Vereinten Nationen zu spüren. Die multilaterale Ordnung ist ein Spiegelbild der geopoli-

Im Januar 2025 übernahm **Jürg Lauber** als erster Schweizer den Vorsitz des Uno-Menschenrechtsrats (UNHRC) mit Sitz in Genf. Ab 2020 leitete er die Ständige Vertretung der Schweiz bei den Vereinten Nationen in Genf, zuvor vertrat er ab 2015 die Schweiz bei der Uno in New York. Von 2007 bis 2009 war er Kabinettschef beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag; in früheren Jahren nahm er etwa an Peacekeeping-Missionen in Namibia teil. Nach seinem Eintritt ins EDA 1993 war er als Diplomat unter anderem in Bangkok und Peking tätig.



© EDA-DFAE

tischen Realität. Wenn sich also eine Macht wie die Vereinigten Staaten zurückzieht, werden andere dies nutzen, um ihre Vision einzubringen. Aber vergessen wir nicht, dass Organisationen durch Statuten geregelt sind. Im Zentrum der multilateralen Architektur stehen die Menschenrechte. Sie sind ein Kompass. Spannungen gibt es eher bei ihrer Umsetzung: Jedes Land hat sein eigenes Tempo und seinen eigenen Ansatz. Aber Menschenrechte haben ihre Wurzeln in den Zivilisationen auf der ganzen Welt. Letztendlich sind die Bedürfnisse überall dieselben: ein Dach über dem Kopf, Bildung, Gesundheitsversorgung, Mitbestimmung in der Gemeinschaft usw.

Tut die Schweiz genug, die Texte, deren Hüterin sie ist, zu verteidigen?

Ja. Auf diplomatischer Ebene ist unsere Position klar: Wir wollen Frieden, nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Als Gaststaat bauen wir zudem die Instrumente für den Multilateralismus weiter aus, wir investieren in die Infrastruktur und die Dienstleistungen für die Vertreter*innen in Genf. Derzeit koordinieren wir uns mit anderen Mitgliedstaaten, um die multilaterale Arbeit weiter zu stärken. Ich stehe auch in Kontakt mit den bei uns ansässigen internationalen Organisationen, um zu verstehen, wie wir sie unterstützen können.

Aber wird die Schweiz noch gehört? In letzter Zeit hat sie sich nicht sehr aktiv für die Genfer Konventionen eingesetzt, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Gaza-Konflikt. In Europa haben eher Irland und Spanien diese Rolle übernommen.

Wir bleiben in diesen Fragen standhaft. Wir haben die russische Invasion in der Ukraine verurteilt. Wir sind uns über die Bedeutung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts im Klaren und setzen uns weiterhin für eine Zweistaatenlösung ein. Die Schweiz hat sich auch stark für die 34. Internationale Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) im letzten Jahr engagiert. Diese Konferenz hat die Bedeutung des humanitären Völkerrechts weltweit bekräftigt.

Spanien hat den Staat Palästina offiziell anerkannt. In der Schweiz hat man den Eindruck, dass es unserer Aussenpolitik an Weitsicht mangelt.

Die Schweiz nimmt ihre Rolle als Gaststaat der Uno und als Heimat des IKRK mit grosser Verantwortung wahr. Um unsere Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, müssen wir einen langfristigen, kohärenten Ansatz verfolgen. Wenn es unsere Aufgabe ist, den Dialog zu fördern, um Lösungen zu finden, müssen wir sehr vorsichtig sein. Wenn es Sie berührt: Während unserer zweijährigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat wurden wir eindeutig als Stimme des Völkerrechts wahrgenommen.

Sie haben vorhin die Golfstaaten erwähnt. Saudi-Arabien träumt davon, ein neuer diplomatischer Knotenpunkt zu werden, und war Gastgeber der letzten Treffen zwischen den USA und Russland, und nicht die Schweiz ...

Tatsächlich haben auch andere Länder diplomatische Kapazitäten aufgebaut. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass Genf oder die Schweiz an Attraktivität verlieren. Viele Treffen, über die in den Medien nicht unbedingt berichtet wird, finden in Genf statt. Die Schweiz hat aufgrund ihrer geografischen Lage, ihrer Infrastruktur und ihres diplomatischen Know-hows nach wie vor eine Rolle zu spielen. Und wir werden auch den USA weiterhin die Vorteile des Multilateralismus auch für eine Grossmacht aufzeigen. Glücklicherweise stehen wir nicht allein da. Es gibt immer noch sehr viele Länder, die bereit sind, den Multilateralismus und seine Werte zu verteidigen. |



Überleben auf der Piste

Borgo Mezzanone in der italienischen Region Apulien ist eines der grössten Elendsquartiere Europas. Tausende Migrant*innen leben dort unter widrigsten Umständen. Am schlimmsten ist die Situation der Frauen, welche zumeist Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung sind. Sie können sich nur schwer aus dem Kreislauf von Prostitution, Rechtlosigkeit und wirtschaftlicher Not befreien. Aus Borgo Mezzanone Nina Apin (Text) und Nicoló Lanfranchi (Fotos)

Die Piste: Die italienische Regierung lässt die Menschen in der informellen Siedlung auf dem ehemaligen Militärflughafen von Borgo Mezzanone allein.



Wellblechhütten. «La Pista», die Piste, nennen die Einheimischen die informelle Siedlung auf dem Gelände eines stillgelegten Militärflughafens. Im Sommer, wenn auf den Feldern ringsum die Tomaten reif sind, leben dort bis zu 3000 Menschen, im Winterhalbjahr um die 1000. Sie kommen aus Somalia, Nigeria, Ghana, Bangladesch, Pakistan oder Syrien.

Manche sind Geflüchtete mit abgelaufenem Aufenthaltstitel, andere kamen ursprünglich als Arbeitskräfte nach Italien. Sie alle arbeiten unter prekären Bedingungen als Tagelöhner*innen und schlafen in der Zeltstadt, die sich zu beiden Seiten der Landebahn ausbreitet. Gemauerte Häuser ohne Fensterscheiben, ausrangierte Wohnwagen, Container oder aus Wellblech und Holzlatten zusammengeagelte Konstruktionen – fast alles dient als Behausung. Fliessendes Wasser gibt es ebenso wenig wie eine Kanalisation, der Strom wird aus verschlungenen Leitungsknäueln gezapft. Es riecht nach Holzfeuer, verbranntem Plastik und Fäkalien.

Die meisten, die das kostenlose Behandlungs- und Beratungsangebot von Interos in Anspruch nähmen, seien Männer mit Arbeitsverletzungen oder chronischen Erkrankungen, erzählt die junge Juristin Daniela Zitarosa, die denselben Vornamen wie ihre Kollegin von Interos trägt. «Schlimm ist die Situation für alle», betont Zitarosa. Grund dafür sei das mafiöse Ausbeutungssystem des Caporalato, bei dem ein «Caporale» Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen teils zwölf Stunden lang auf den Feldern schufteten lässt und ihnen für Arbeitsausrüstung, Transport und Unterkunft noch zusätzlich Geld abnimmt. Insbesondere Migrant*innen ohne gültige Papiere seien erpressbar und könnten ausgebeutet werden. Die italienische Landwirtschaftsgewerkschaft FLAI CGIL schätzt, dass in ganz Italien 430 000 Menschen unter dem Caporalato arbeiten und rund 100 000 von ihnen in illegalen Siedlungen leben.

«**S**ie braucht einen Arzttermin. Und seine Anwältin, die sie zur Polizei begleitet.» Daniela steigt mit einer Patientin aus dem Arztmobil und schildert einer Kollegin knapp die Lage. Daniela, die ihren Nachnamen aus Sicherheitsgründen nicht nennen möchte, arbeitet für Interos, eine italienische Hilfsorganisation. Interos leistet humanitäre Arbeit in Kriegs- und Konfliktregionen – aber auch im italienischen Borgo Mezzanone, an dessen Rand eines der grössten Elendsquartiere Europas liegt. Danielas Arbeitsplatz ist ein schnurgerader Asphaltstreifen, umgeben von Müllbergen und

Mehrfache Ausbeutung | Frauen, die nur rund zehn Prozent der Bewohner*innen des Camps Borgo Mezzanone ausmachen, seien die verletzlichste Gruppe, berichtet Daniela Zitarosa: «Es geht um Ausbeutungen – im Plural: Menschenhandel, Arbeitsausbeutung, sexuelle Ausbeutung, Freiheitsberaubung, körperliche und psychische Gewalt.» Sie berichtet von Frauen, die seit Jahren immer wieder kämen, um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, stets in männlicher Begleitung. Von Frauen, die weder Handy noch Papiere hätten und in einer Wohnung eingesperrt seien, in der sie täglich 15 bis 20 Kunden bedienen müssten. «Diese Frauen stehen unter totaler Kontrolle.» Für die Sozialarbeiterinnen von Interos ist es schwer, Kontakt zu den Frauen aufzunehmen. Insbesondere an die Schwarzen Migrantinnen aus Nigeria oder der Elfenbeinküste kommen sie nur schwer heran, weil diese in Privatwohnungen oder informellen Bordellen versteckt sind. Auf dem Strich entlang der Landstrassen arbeiten ausschliesslich Rumäninnen und Bulgarinnen.

Auf der Piste von Borgo Mezzanone sind tagsüber fast nur Männer zu sehen. Hinter einem Holzkohlegrill, auf dem Fleischteile brutzeln, betreibt Abdul sein Lokal. Der schmale Togoer lebt schon seit 2007 auf der Piste. Seine Schlafkammer teilt er sich mit zwei anderen Männern: eine Matratze hinter einem Vorhang, ein zerbeulter Metallspind, ein Elektroofen. Und die Notdurft? Abdul holt einen Schlüssel und entriegelt ein gemauertes Toilettenhaus mit abschliessbaren Kabinen und Hockrinnen. Es riecht bestialisch, ist aber einigermassen sauber – eine von vielen Anstrengungen der Bewohner*innen, unter den widrigen Bedingungen ihre Würde zu bewahren. Ja, es lebten auch Frauen auf der Piste, sagt Abdul, zum Glück nicht viele. «Eher da unten», er zeigt mit der Hand vage die Strasse hinunter, «aber ich empfehle nicht, in diesen Teil zu gehen.»



Nicht den Mut verlieren: Khady Sene, Direktorin der örtlichen Caritas.

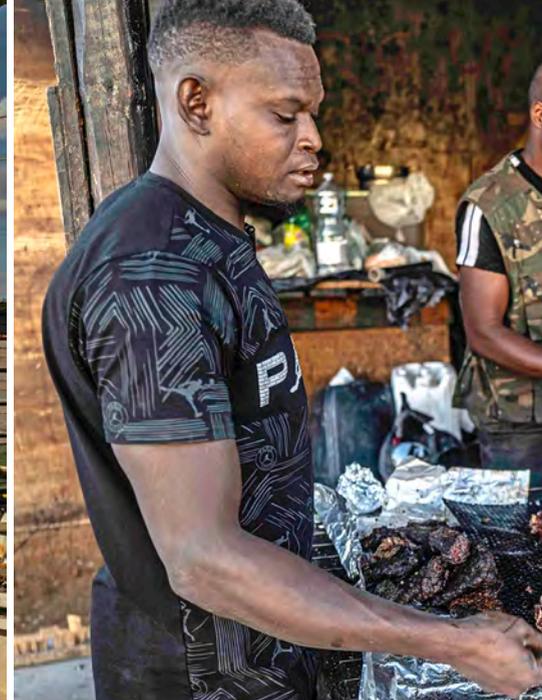
Ignorierte Misstände | Auch Khady Sene geht nicht gern «nach dort». Die Senegalesin läuft mit einem unerschütterlichen Lächeln die Hütten ab und verteilt Flugblätter, die zu einem Gedenkgottesdienst für im Mittelmeer ertrunkene Geflüchtete in der Dorfkirche von Borgo Mezzanone einladen. Mit gerade einmal 31 Jahren wurde Khady Sene, die seit 2012 in Italien lebt, zur Diözesandirektorin der örtlichen Caritas ernannt. Die studierte Finanzmarketingfachfrau fing als Ehrenamtliche in der Migrationsberatung an und hat seither ihr Berufsleben der Unterstützung derer gewidmet, für die sich abseits humanitärer Hilfsorganisationen kaum jemand interessiert. «Es hat mir wehgetan, zu sehen, wie Migrant*innen hier behandelt werden», sagt sie.

Fast überall wird sie freundlich empfangen – nur nicht in der Gegend, von der es heisst, dass dort die nigerianische Mafia das Sagen habe und mit Drogen-, Waffen- und Frauenhandel sehr viel Geld verdiene. Bei Abdul erhalten Khady Sene und der italienische Priester, der sie begleitet, eine kalte Cola, vom Grill nebenan lässt sie sich noch schnell eine fetttiefende Tüte «to go» einpacken. «Für mich ist dieses Essen Heimat», gesteht Khady Sene. «Nichts gegen die italienische Küche, aber manchmal wärme afrikanische Küche einfach die Seele.»

Ein paar Hütten weiter sitzen drei Frauen in einem Innenhof, eine von ih-

nen stellt sich als Florence vor. Sie komme aus Nigeria, sei 46 Jahre alt und mit einem Boot in Turin angekommen, sagt sie. Seit sieben Jahren lebt sie im Camp, aber unter welchen Umständen sie hier gelandet ist, will sie nicht erzählen. Auch ihren Nachnamen möchte sie nicht nennen, wie alle Bewohner*innen der Piste – zu gross ist die Sorge, dass Verwandte zu Hause ihre Geschichte im Internet lesen. Florence ist wütend auf die Reporter*innen und die Italiener*innen, die durchs Camp spazieren, fotografieren, Fragen stellen. Dabei könne doch jede*r sehen, wie es auf der Piste zugehe.

Systematischer Menschenhandel | Florence könnte ein Opfer von Menschenhandel sein, vermuten die beiden Sozialarbeiterinnen Marianna Carusillo und Concetta Notarangelo. Sie arbeiten für die Organisation Medtraining, die Frauen dabei hilft, aus der Prostitution auszusteigen. Nicht wenige kehrten nach einem vorübergehenden Ausstieg aus dem System wieder zurück, berichtet Marianna Carusillo: «Sie haben Kinder bekommen, können aber nach wie vor kaum Italienisch. Dann fangen sie wieder von vorne an: Sprachkurs, Berufsausbildung, Wohnung, Arbeitssuche...» Es sind mühsame, oft jahrelange Prozesse voller Rückschläge. Jüngeren Frauen Hilfsangebote zu machen, gelingt den Sozialarbeiterinnen nur selten, etwa bei ärztlichen Untersuchungen. «In letzter



Erinnerungen an die Heimat gehen durch den Magen.

Zeit kommen viele sehr junge Marokkanerinnen über die Balkanroute in Apulien an, offiziell als Haushaltshilfen. Sie arbeiten in den Hinterzimmern von Bars oder werden im Internet vermittelt», sagt Concetta Notarangelo.

Eine der Frauen, die mithilfe von Medtraining den Absprung geschafft haben, arbeitet heute als Verkäuferin auf der Piste. Mercy, 31, ist gross und drahtig, sie versprüht eine robuste Fröhlichkeit, stammt aus Benin City und kam vor sieben Jahren nach Italien. «Absolut alles und noch mehr» habe sie gemacht, um Geld zu verdienen, sagt sie. «Jetzt bin ich müde.» In ihrem kleinen Laden verkauft sie vormittags Kaffee, Kochbananen und andere Lebensmittel. Am Nachmittag besucht sie einen Italienischkurs in Foggia, wo sie mit ihren beiden Kindern lebt. Ein weiteres älteres Kind sei bei der Mutter in Nigeria – hier wendet sich Mercy ab, ihre Augen füllen sich mit Tränen. Das Leben in Italien bleibe hart: Die Italiener*innen hätten viele Vorurteile gegenüber Schwarzen, ihre Kinder bekämen das ebenfalls zu spüren. Auf der Piste habe sie keine Freund*innen: «Hier kämpft jeder nur für sich.»

Schleuderpreise | Nach Sonnenuntergang verändert sich die Piste: Die Bars öffnen, Musik schallt aus vielen Lautsprechern. Jetzt sieht man auch die Frauen: Sie sitzen auf Plastikstühlen vor den Bars oder stehen an den Ecken, grell ge-



schminkt, in hautenger Kleidung. In mancher Bar kann man Betten hinter einem Vorhang erahnen. Am Ausgang der Piste steht ein grosser Flachbau, neben dem die Erde sauber geharkt ist: Parkplätze für die Kunden des «Majestic», des grössten Bordells. An den Wochenenden, erzählt ein Polizist, der in der Nähe mit seinem Streifenwagen patrouilliert, kämen Gruppen junger Bewohner des Dorfes auf die Piste: Drogen, Alkohol, Sex – alles sei zu Schleuderpreisen verfügbar.

Für die italienische Politik ist das Camp von Borgo Mezzanone kein Thema oder

aber ein Schandfleck, den man gerne beseitigen würde. Der rechtsextreme Lega-Politiker Matteo Salvini erschien in seiner Zeit als Innenminister mit einem Bagger und wollte «aufräumen», seither hat man nie wieder etwas aus Rom gehört. Der neue Bürgermeister des Dorfes versucht nun, jahrelang blockierte EU-Mittel zu aktivieren für bauliche Verbesserungen auf der Piste. «Das wäre schön, höchste Zeit», kommentiert Khady Sene.

«Sklavenähnliche Zustände mitten in Europa» benennt Filomena Guerrieri die Lage und beklagt das mangelnde Engagement der Politik. Die Anwältin arbeitet für das Anti-Menschenhandel-Netzwerk «La Puglia non tratta», zu Deutsch etwa «Apulien handelt nicht mit Menschen» oder auch: «Apulien meint es ernst». Die Organisation unterhält in der Region Foggia zwei anonyme Schutzwohnungen mit acht Plätzen. In Zusammenarbeit mit einer landesweiten Hotline bemüht sie sich, Kontakt zu den Frauen zu halten, die oft von Region zu Region weitergeschickt werden. Inzwischen verteilen italienische Hilfsorganisationen bereits an

den Ankunftsstellen der Boote Aufklärungsflugblätter an junge Frauen.

Doch sämtliche Hilfsstrukturen seien hoffnungslos unterfinanziert, sagt Guerrieri. Bei einem Prozess in Mailand vertrat sie vor Kurzem eine Klientin. Die Zuhälterin, die ihre Klientin mit falschen Versprechungen nach Europa gelockt hatte, wurde für Menschenhandel und Beihilfe zur Prostitution zu einer Haftstrafe verurteilt. Solche Erfolge seien selten. Die wenigsten Opfer trauten sich, überhaupt zur Polizei zu gehen, auch aus Angst um die Angehörigen zu Hause, an denen die Menschenhändler*innen mitunter grausame Racheakte verübten. Die Frauen befürchten ausserdem, sofort abgeschoben zu werden, sollten sie sich als Papierlose zu erkennen geben. «Zu oft kommen die Profiteur*innen des Menschenhandels ungeschoren davon», sagt die Anwältin. Ihre Arbeit sei häufig frustrierend, Erfolge seien selten, bilanziert Guerrieri. Und dennoch: «Jede Frau, die wir retten können, ist ein Grund, weiterzumachen.»

Unter Kontrolle: Eine junge nigerianische Prostituierte wartet auf Kunden.





© Luis TATO / AFP / Keystone

Im Kreuzfeuer der Desinformation

Seit dem Wiederaufleben der bewaffneten Gruppe M23 wird Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo regelmässig von Gewalt heimgesucht. Doch die kongolesischen Medien lassen die Bevölkerung des Landes über die Lage im Konfliktgebiet im Unklaren. Von Fidèle Kitsa

Tausende Tote, unzählige Verletzte und bis zu 700 000 Vertriebene: Das sind die Folgen des erneuten Ausbruchs der Kämpfe zu Beginn dieses Jahres zwischen den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo (Forces Armées de la République Démocratique du Congo FARDC) und der Bewegung des 23. März, M23, die laut mehreren Unberichten von ruandischen Truppen unterstützt wird. Der Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo, der vor allem die Städte Goma und Bukavu mit aller Heftigkeit traf, wird nicht nur

Fidèle Kitsa ist freier Journalist mit Sitz in Goma. Er arbeitet regelmässig mit französischsprachigen und englischsprachigen Medien zusammen.

auf dem Schlachtfeld ausgetragen – sondern auch in den Medien. Die Konfliktparteien nutzen jegliche Mittel der Desinformation, um ihre Botschaft zu verbreiten und die Bewohner*innen der Region zu mobilisieren, sich hinter ihre Anliegen zu stellen.

Falschmeldungen werden nicht nur über die traditionellen Medien, sondern auch über Online-Kanäle und in sozialen Medien wie Facebook oder X verbreitet, die in der DRK für viele eine wichtige Informationsquelle darstellen. Seit dem erneuten Ausbruch des Konfliktes geht die Regierung hart gegen Medienschaffende vor. Bis heute ist es für Journalist*innen und Medien im Osten des Landes schwierig, Informationen von den kongolesischen Behörden zu erhalten. Die Pressefreiheit wird

massiv beschränkt. Journalist*innen, die sich nicht dem Narrativ der Regierung beugen, dass alles unter Kontrolle sei, werden bedroht, verklagt oder gar verhaftet. Im Januar suspendierte die Regierung den Nachrichtendienst Al Jazeera. Viele bekannte Medienschaffende haben das Land bereits verlassen, einige Medien wurden ganz geschlossen.

Viele Kongoles*innen beklagen, dass sie keinen Zugang zu aktuellen, faktenbasierten Informationen über die Gewalt haben. «Die Realität vor Ort wird im Internet oft verzerrt dargestellt, was die Bevölkerung desorientiert. Auch Journalist*innen sind nicht immun gegen die Falschinformationen. Einige haben sich gar hinter die offizielle Politik gestellt und versorgen uns nun aktiv mit falschen Nachrichten», sagt Amani

Mitglieder der bewaffneten Gruppierung M23 patrouillieren regelmässig durch die Stadt Bukavu: Trotzdem beharrt die Regierung der DRK darauf, die Situation unter Kontrolle zu haben.

Mugisho, ein Einwohner von Bukavu, der Hauptstadt von Süd-Kivu.

Ein anderer Bewohner, Kulimushi, fügt hinzu: «Wir können nicht mehr über das sprechen, was bei uns passiert. Wenn ich versuche, über meine Erfahrungen vor Ort zu reden, werde ich als Ruander, als Verräter beschimpft – weil meine Erzählungen nicht mit dem Narrativ der Regierung übereinstimmen. Dabei bin ich ja vor Ort und ich sehe, was passiert. Die kongolesische Regierung gibt keine Informationen weiter, die ihre Schwächen aufdecken könnten. Es handelt sich ausschliesslich um Propaganda. Die Regierung versucht, uns mit unhaltbaren Informationen zu manipulieren.»

Francine Nzigire, die ebenfalls in Bukavu lebt, erinnert sich daran, wie die kongolesischen Behörden den Fall von Goma in die Hände der M23-Rebellen verkündet hatten. «Die Regierung sagte uns, dass die Situation unter Kontrolle sei. Der Satz, den man am häufigsten hörte, war: ‚Wir haben diese Rebellen in die Flucht geschlagen‘. Doch meine Nichte, die während der Kämpfe in Goma war, sagte mir, dass die M23 immer noch präsent waren. Man wusste nicht mehr, was man glauben konnte.»

Vertuschung von Fehlverhalten |

In Goma scheint die Bevölkerung an den offiziellen Berichten zu zweifeln. Nach den Erfahrungen des vergangenen Januars, als die Hauptstadt von Nord-Kivu unter die Kontrolle der M23-Rebellen geriet, hat sie auch allen Grund dazu. Nelson Kasereka, ein Händler in der Stadt Goma, bedauert, dass er der offiziellen Version vertraute: «Ich habe mein Kapital verlo-

ren, mein Geschäft wurde im Januar geplündert. In den Tagen davor hatte ich noch überlegt, ob ich flüchten sollte oder nicht: Einerseits befürchtete ich, dass Goma unter die Kontrolle der M23 geraten könnte. Ich war auch in einer WhatsApp-Gruppe, in der wir von Verwandten und anderen Händler*innen Warnungen über die Lage in der Stadt erhielten. Doch die Regierung beruhigte uns immer mit der Aussage, dass Goma niemals von den Rebellen kontrolliert werden würde. Selbst als die Stadt zum Schlachtfeld wurde, war die Rhetorik aus Kinshasa gelassen.»

Schlimmer noch, der offizielle Diskurs beschuldigte alle kritischen Stimmen, mit der M23 und Ruanda zu kollaborieren. «Wer nicht die gleiche Sprache wie die kongolesische Regierung spricht, wird als Verräter abgestempelt, als Teil des ruandischen Giftes – ein Begriff, der im Umlauf ist», sagt Kevin Ushindi, ein weiterer Einwohner Gomas. «Sie wollen uns einschüchtern, damit wir nicht darüber sprechen, was bei uns passiert, denn sie haben sich dafür entschieden, uns zu belügen und zu manipulieren.»

Doch was erhofft sich die Regierung aus den Falschmeldungen? Pressefreiheit hat in der DRK schon seit Jahren einen schweren Stand. Dies vor allem, weil die Regierung verhindern will, dass Berichte über Korruption, politische Skandale oder gar Menschenrechtsverletzungen durch die Behörden an die Öffentlichkeit geraten. Auch sollen so grössere Aufstände verhindert und letztendlich die eigene Macht gesichert werden. Nicht zuletzt spielt auch die Präsenz vieler multinationaler Konzerne in der DRK eine wichtige Rolle. Die Regierung will vermeiden, dass Sicherheitsbedenken seitens der Konzerne, die mehrheitlich im Kupfer- und Kobaltabbau tätig sind, auftauchen – was zur Suspendierung oder gar zum vorübergehenden Abzug der Konzerne führen könnte. So versucht die Regierung wiederholt zu

vertuschen, dass gewisse Minen bereits unter Kontrolle der M23 sind – obwohl diese Informationen bereits in internationalen Medien publiziert wurden.

Desinformation als Waffe |

Auch Françoise Uwimana, ein weiterer Bewohner aus Goma, ist überzeugt, dass die Kommunikation der Behörden dazu dienen soll, von den eigenen Vergehen und der Korruption in Kinshasa abzulenken. «Dabei wäre es wichtig, über den Konflikt zu berichten, damit wir die Behörden zum Handeln zu bewegen können – und vielleicht endlich den Frieden erlangen.»

Für John Mukengere, Experte für Faktencheck bei Congo Check, einem auf Faktenchecking spezialisierten Medium im östlichen Teil der DRK ist klar: Die Falschinformationen führen zur Destabilisierung der Bevölkerung und können gar einen negativen Einfluss auf das Verhalten der Bürger*innen haben. «Die Qualität der Informationen der Regierung müsste dringend verbessert werden», sagt er.

Für Edgard Mahungu, Forscher im Bereich Informations- und Kommunikationswissenschaften und Hochschullehrer in der DRK, fehlt in der Berichterstattung über den Krieg oft der Kontext. «Sein Verlauf und seine Entwicklung auf dem Feld beeinflussen die Wahrnehmung und die Art und Weise, wie über den Krieg gesprochen wird. Die kongolesische Regierung hat es versäumt, die notwendigen Hintergründe zum Konflikt zu liefern, damit die Bevölkerung objektiv, klar und präzise informiert wird. Sie hat es vorgezogen, zu schweigen und sich der Desinformation zu widmen – und ihr Image aufzupolieren», sagt Mahungu. «Der Konflikt in der DRK ist längst nicht mehr militärisch. Es ist ein Konflikt über Meinungshoheiten geworden – über die Kontrolle der Narrative. Die Desinformation ist zur Waffe, die die Instabilität im Land weiter vorantreibt.» |

Neue Wege zur Heilung

Leichter Regen prasselt auf die Bürgersteige von Lwiw und lässt die Pflastersteine glänzen. In der Ferne ertönt die Sirene eines Fliegeralarms. Niemand reagiert darauf, die Töne sind inzwischen zu vertraut. Im Westen der Ukraine, fernab der Frontlinien, geht der Alltag seinen Gang. Doch auch hier ist der Krieg allgegenwärtig. Am Eingang des Rehabilitationszentrums Unbroken ziehen Soldat*innen auf Rollstühlen oder auf Krücken wortlos aneinander vorbei. Einige hören Musik, die meisten rauchen, alle scheinen mit den Gedanken woanders zu sein. Die weissen Wände sind frisch gestrichen, es riecht nach Desinfektionsmittel.

Seit seiner Gründung im April 2023 hat das Zentrum Tausende von Patient*innen aufgenommen. «Unbroken ist eine Stadt in der Stadt», heisst es hier. Das Zentrum ist mit dem grössten Krankenhaus der Westukraine verbunden und hat sich zu einer weltweiten Referenz im Bereich der Prothetik und Wiederherstellungschirurgie entwickelt. Die Ärzt*innen vor Ort arbeiten mit Spezialist*innen aus Europa, den USA und Japan zusammen. Bionische Gliedmassen, Gesichtsrekonstruktionen, fortschrittliche Psychotherapie... In Unbroken werden Körper repariert. Manchmal auch Seelen. Oft auch beides.

Wieder gehen können | Doktor Hnat Herych, Leiter der chirurgischen Abteilung, sitzt bei einem dampfenden Kaffee in der Cafeteria und erinnert sich an die Anfänge des Krieges. «Schon in den ersten Monaten des Krieges wurde uns klar, dass die Notfallversorgung nicht mehr ausreichen würde. Wir mussten an die Zeit danach denken, an die Rehabilitation», sagt er. Ständig kämen neue Ver-

Yohan Châble ist freiberuflicher Journalist.

Der Krieg in der Ukraine forderte bereits Tausende Menschenleben – und lässt viele mit schweren Verletzungen zurück. Rehabilitationszentren kümmern sich um mehr als um die Heilung der Wunden, die der Krieg an Körper und Seele hinterlassen hat.

Von Yohan Châble

wundete an, die völlig neue Traumata mit sich trügen. «Wir entwickeln ständig neue Behandlungsmethoden, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.»

In einem Flur im fünften Stock der Klinik hängt das Porträt von Valentyna Kremniowa. Die 72-Jährige aus einem Dorf nahe der russischen Grenze überlebte fünf Tage lang tägliche Bombenan-

ren. «Nachdem ich meine Familie in Sicherheit gebracht hatte, war es an der Zeit, meine Bürgerpflicht zu erfüllen», sagt Oleksii. Im Jahr 2023 trat er in die Armee ein. Anderthalb Jahre harte Kämpfe später landete er in der Rehabilitationsklinik. Eine Kamikaze-Drohne hatte ihm sein rechtes Bein genommen. Oleksii erinnert sich an den Schock, die

Rund 50 Soldat*innen erhalten im Zentrum Unbroken eine Langzeitbehandlung für sichtbare und unsichtbare Verletzungen.

griffe durch Russland allein in ihrem zerschossenen Haus, mit einem von einer Granate abgerissenen Bein. Sie befindet sich noch immer in der Rehabilitation und hat nur einen Traum: dank ihrer Prothese wieder laufen zu können, um ihr Zuhause, ihre Schneiderei und ihre Enkelkinder wiederzusehen.

Auch Oleksii träumte von einer Prothese – ein Traum, der in Erfüllung ging. Oleksii arbeitete auf Kreuzfahrtschiffen. Als Russland 2022 seine gross angelegte Invasion startete, hatte der ukrainische Seemann gerade erst wieder festen Boden unter den Füssen. Zusammen mit seiner im neunten Monat schwangeren Frau flüchtete er in den Westen. Oleksii junior wurde gesund und munter gebo-

Schmerzen. Und an die Versetzung nach Unbroken, wo sich alles änderte.

«Der Tag, an dem mir gesagt wurde, dass ich für eine Prothese bereit sei, war wie eine zweite Geburt», erinnert er sich. «Wenn meine Rehabilitation abgeschlossen ist, kann ich wieder an die Front gehen. Ich bin mir bewusst, dass meine Fähigkeiten nachgelassen haben, aber Unbroken wird es mir ermöglichen, weiterhin nützlich zu sein. Zum Beispiel als Drohnenpilot.»

Heilung durch Wiederholung | 500 Kilometer weiter östlich, in der Hauptstadt Kyjiw, geht der Kampf in den renovierten Fluren des 100 Jahre alten Kundiiev-Instituts weiter. Hier herrscht



Die Werkstatt im Reha-Zentrum Unbroken ist auf die Anpassung von Prothesen für Kriegsverletzungen spezialisiert.

© Caro / Bastian / KEYSTONE

eine ruhige Atmosphäre. Rund 50 Soldat*innen erhalten hier eine Langzeitbehandlung für sichtbare und unsichtbare Verletzungen. Die staatliche Einrichtung ist seit zwanzig Jahren auf die Behandlung von Soldat*innen spezialisiert. Nach der Invasion haben sich der Bedarf und die Intensität jedoch verzehnfacht. Dank internationaler Spenden wurde das Institut mit den neuesten Maschinen ausgestattet: vernetzte Laufbänder, Bewegungssimulatoren und spielerische Rehabilitationswerkzeuge.

Der Tag beginnt mit Kräftigungs- und Dehnungsübungen auf den Sportmatten in der zentralen Halle und unter dem wachsamen Auge von Sergiy, einem Physiotherapeuten. Hier wird der Krieg durch Wiederholung geheilt: atmen, konzentrieren, wiederholen. Sergiy spricht wenig. Er korrigiert lediglich eine zu schnelle Atmung, eine falsche Kniestellung, ein zu kurzer Atem. «Man muss wieder lernen, auf seinen Körper zu hören. Früher war er ein Werkzeug. Jetzt ist er ein Terrain, das man zurückerobern kann. Jede Übung ist darauf ausgerichtet, Koordination, Ausdauer und Beweglichkeit wiederherzustellen», sagt er.

Zweimal pro Woche verlässt Sergiy abends das Institut und fährt in die östlichen Vororte von Kyjiw, wo er sich mit einigen seiner Patient*innen trifft. Dort, in einer verlassenen sowjetischen Fabrik, werden die Bögen im Bogenschießclub der Kyjiw Target Archery School nicht zum Kämpfen, sondern zur Rehabilitation eingesetzt. «Dieser Sport fördert die Koordination, stärkt die Muskeln und beruhigt den Geist. Das sind wichtige Dinge für Veteran*innen», sagt Eugene, der Gründer des Vereins. Hier kann man trainieren, wann man will. Für Soldat*innen, die einen Drittel der Mitglieder ausmachen, ist der Verein kostenlos.

Die Grenzen des Körpers | In einer Ecke des Saals spannt eine kräftige Person ihren Bogen. Constantin ist ein Veteran. Er ist zwar vom Leben gezeichnet, aber sein Blick ist immer noch hellwach. Sein Pfeil fliegt blitzschnell in die Mitte der Zielscheibe. Der 50-Jährige kämpfte ab 2016 in Mariupol bei der Marineinfanterie. Drei Verletzungen später war er gezwungen, den Dienst an den Nagel zu hängen. Im Jahr 2022, nach zwei Jahren Rehabilitation, musste Cons-

tantin plötzlich wieder in den Dienst eintreten. Als Mitglied der Einheit zur territorialen Verteidigung von Kyjiw schloss er sich den Tausenden von Zivilist*innen an, die sich bewaffneten, um die russische Invasion abzuwehren. Nachdem die Hauptstadt ausser Gefahr war, wurde er einem Krankenhaus zugewiesen, wo er sich mehrere Monate lang ausruhen musste. «Ich habe die Grenzen meines Körpers überschritten, als ich in den Kampf zurückkehrte. Jetzt muss ich mein Leben lang gepflegt werden», sagt er.

Zu Hause verfiel er dem Alkohol, nahm 40 kg zu und entwickelte ein stressbedingtes Stottern. Dann entdeckte er die Vorzüge des Bogenschiessens. Innerhalb eines Jahres verlor Constantin seine überflüssigen Pfunde, sein Stottern und seinen Hang zum Alkohol. «Das Bogenschiessen hat mir mein Leben zurückgegeben», sagt er. Aber in der Ukraine des Jahres 2025 kann es sich kein Veteran leisten, zu vergessen, dass er es eines Tages vielleicht wieder riskieren muss. Constantin ist sich dessen bewusst: «Egal, wie alt ich bin und wie verletzt ich bin, wenn die Russen bis hierher zurückkommen, werde ich wieder zu den Waffen greifen.»



© alamy/Stephanie Sinclair

Befristete Macht

Weltweit sind Autokratien auf dem Vormarsch. Doch wie halten sich autokratische Herrscher*innen an der Macht? Und was führt zu ihrem Fall? Diesen Fragen geht der Politikwissenschaftler Marcel Dirsus in seinem Buch «Wie Diktatoren stürzen» nach.

Interview von Till Schmidt

Im Dezember 2024 hat der Fall Bashar al-Assads in Syrien viele Menschen vollkommen überrascht. Sie auch?

Wenn ein Regime wie jenes von Assad schon so viele Jahrzehnte an der Macht ist, entsteht schnell der Eindruck, seine Existenz sei unausweichlich. Wenn aber auch nur ein Teil der Palastelite davon ausgeht, dass der Herrscher demnächst gestürzt werden könnte – dann fällt er erfahrungsgemäss oft auch sehr schnell. Dass in Damaskus Assads eigene Soldat*innen so rasch ihre Uniformen an den Strassenrand geschmissen und den Dienst quittiert haben, zeigt doch: Auch dieses Regime war nicht unausweichlich. Der Fragilität ihrer Alleinherrschaft sind sich auch die meisten Diktatoren bewusst. Ihre Regime funktionieren nach dem Prinzip «The winner takes it all».

... und wenn sie verlieren, dann verlieren sie alles.

Auch das wissen die meisten Tyrannen. Sie alle haben Angst vor ihrem eigenen Sturz und daher auch vor den eigenen Leuten. Sie wissen: Nach ihrem Sturz müssen sie wohl ins Exil, kommen ins Gefängnis oder werden getötet. Diese Angst der Diktatoren erklärt nicht alles – aber doch einen Grossteil ihrer Politik.

Nach welchen Mustern funktioniert so ein Sturz?

Um sich an der Macht zu halten, braucht ein Diktator meist nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung. Vor allem sind das Geheimdienstler*innen und Militärs inklusive ihrer Familien. Wer diese Gruppen verliert, verliert in der Regel auch die Macht. Und um das zu erreichen, gibt es sehr unterschiedliche Mittel und Wege. Hoffnungsvoll stimmt mich, dass gerade friedlicher Protest relativ effektiv ist. Etwa 17 Prozent der Diktaturen stürzen als Folge von Volksaufständen. Und wenn man es

schaft, einen Diktator ohne Gewalt zu stürzen, stehen die Chancen auf eine Demokratisierung verhältnismässig gut.

Um den Sturz einer Autokratie von aussen zu beschleunigen, setzen viele Länder auf Sanktionen und politische Ächtung. Sind das im Vergleich ebenfalls effektive Mittel?

Sanktionen sind oft eher Symbolpolitik. Aber da die Legitimität in der internationalen Politik auch für Diktatoren ein wichtiger Faktor ist, lassen sie sich auch durch Symbole schwächen. Doch um Diktatoren zu stürzen, muss man ihnen vor allem erschweren, die eigenen Leute um sich herum zu versorgen. Und das wird erheblich schwerer, wenn gezielte Sanktionen wichtige Geldflüsse in die Kasse der Machthaber unterbinden. Der Sturz von Diktatoren muss allerdings gar nicht immer das zentrale Ziel von Sanktionen sein. Manchmal ist schon viel damit erreicht, wenn man einem schrecklichen Tyrannen Kopfzerbrechen bereitet. Das sehen wir aktuell im Umgang mit Putin. Westliche Sanktionen werden ihn nicht zu Fall bringen, aber sie machen es für Russland schwieriger, den Krieg gegen die Ukraine zu gewinnen.

Welche Rolle spielt die organisierte Zivilgesellschaft vor Ort?

Durch friedlichen Protest konnten immer wieder langjährige Diktaturen gestürzt werden.

Es ist faszinierend, dass es in der Geschichte immer wieder ganz normalen Leuten gelang, durch friedlichen Protest langjährige, etablierte Diktaturen zu Fall zu bringen. Der Mechanismus dahinter funktioniert so: Als Opposition muss man die Diktatur in eine Wahl zwischen Pest und Cholera zwingen. Denn sie kann Menschen auf der Strasse nicht einfach ignorieren. Wenn das Regime aber Gewalt einsetzt, dann führt das womöglich zu weiteren und grösseren Protesten. Dann sieht sich der Diktator möglicherweise zu einem Schiessbefehl gezwungen. Und genau in diesem Moment, in dem das Regime vermeintlich stark aussieht, fallen die Diktatoren oft, weil Sicherheitskräfte sich weigern, zu schießen, oder weil Palasteliten, die früher viel mitgetragen haben, den aktuellen Kurs nicht mehr unterstützen. Ein Regime kollabiert dann unter dem Gewicht seiner eigenen Repression.

Braucht es für den Sturz eines Diktators das ganze Volk, wie es Parolen auf vielen Demonstrationen häufig suggerieren?

Nein, meist ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung nötig, der an den richtigen Orten des Landes mobilisiert werden muss. In der Hauptstadt, auf den grossen Plätzen. Das ist weniger schwer, als Menschen für eine Rebellion oder für einen Anschlag auf den Diktator zu gewinnen; erst recht, weil selbst in Ländern, in denen der politische Raum schon äusserst restriktiv ist, so wie etwa im Iran, öffentliche Proteste oft noch irgendwie möglich sind.

Wo ist das für Sie besonders eindrucksvoll gelungen?

Im Fall der DDR. Als im Oktober 1989 in Leipzig rund 70 000 Menschen auf die Strasse gingen, schwächte dies das Regime entscheidend. Dieser Gefahr waren sich auch die SED-Funktionär*innen bewusst. Zur Unterbindung der Proteste haben die Machthabenden

öffentlich mit einem brutalen Vorgehen wie beim Tian'anmen-Massaker in China im selben Jahr gedroht. Und trotzdem haben sich die Menschen auf die Strasse getraut. Die Entscheidung, den Protest nicht niederzuschlagen, bedeutete den Anfang vom Ende der DDR.

... was am Ende auch eine Verkettung von Zufällen war.

Zufälle und Gelegenheitsfenster spielen beim Sturz von Diktaturen eine sehr wichtige Rolle. Für mein Buch sprach ich mit dem Aktivistin Siegfert Schefke, der damals den Protest gegen die DDR in Leipzig filmen wollte, was aufgrund der vielen Stasi-Mitarbeiter in der Stadt sehr gefährlich war. Mit Erlaubnis eines Pastors konnte Schefke die Proteste dann aber unentdeckt von einem Kirchturm aus filmen. Seine Aufnahme wurde anschliessend in die Bundesrepublik geschmuggelt und dort im Fernsehen gezeigt. So haben Millionen Menschen in der DDR überhaupt erst erfahren, dass es in ihrem eigenen Land diesen riesigen Protest gegen die Regierung gab.

In vielen Ländern haben ähnliche Proteste aber nicht zum Sturz der Herrschenden geführt, etwa im Iran oder in Belarus.

Diktaturen und ihre Entscheidungsfindung sind in der Regel so intransparent, dass es von aussen enorm schwer ist, festzustellen, wie knapp ein Regime sturz tatsächlich gescheitert ist. So etwa bei den Protesten in Belarus. Vielleicht waren wir kurz davor, dass ein bedeutender Teil der belarussischen Sicherheitskräfte sich weigerte, Befehle auszuführen. Oder vielleicht stand ein

Marcel Dirsus ist Politikwissenschaftler und Non-Resident Fellow am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK). Marcel Dirsus arbeitet hauptsächlich zu den Themen Regimeinstabilität, politische Gewalt und deutsche Aussenpolitik.

Putschversuch gegen Lukaschenko kurz bevor. Das sind Dinge, die wir im entscheidenden Moment und auch im Nachhinein meist nicht wissen. Aber selbst das Scheitern impliziert die Möglichkeit: Es hätte gelingen können.

Viele Autokrat*innen sind vollkommen von der Realität abgekoppelt. Muammar al-Gaddafi war hierfür ein besonders bizarres Beispiel. Was bedeutet das für den Umgang mit ihnen?

Die meisten Diktatoren sind skrupellos, grausam und oft auch narzisstisch. Aber in dem System, in dem sie operieren, denken und handeln sie durchaus rational. Und sie reagieren auf äussere Anreize. Das heisst: Man kann sie beeinflussen. Um Diktatoren wirkungsvoll zu bekämpfen, muss man daher ihre Perspektive, ihren Blick auf sich und die Welt kennen. Man muss verstehen, wie es Diktatoren gelingt, an der Macht zu bleiben, um zu ergründen, wie sie fallen.

Zum Buch

Marcel Dirsus

Wie Diktatoren stürzen und wie Demokraten siegen können

Kiepenheuer & Witsch, 2025

368 Seiten



© Liza Hollarchuk

Film

Heiss!

Der spannende Gerichtskrimi «Trop Chaud» blickt hinter die Kulissen des Kampfs gegen den Klimawandel am Beispiel des Engagements der Klimaseniorinnen.

Statt sich zur Ruhe zu setzen, möchten die älteren Klimaaktivistinnen etwas gegen die immer häufiger auftretenden Hitzewellen tun. Mutig nehmen sie es gegen ihr eigenes Land auf und klagen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen die Schweizer Regierung, diese tue zu wenig gegen die Klimakrise. Denn Klimaschutz sei ein Menschenrecht! Das zunächst aussichtslos erscheinende Unterfangen verbucht einen grossen Sieg: Am 9. April 2024 entscheidet der EGMR, dass die Schweiz die Menschenrechte älterer Frauen verletze, weil sie diese unzureichend vor den Folgen des Klimawandels schütze. Doch die Schweiz foutiert sich um das wegweisende Urteil. Im Film «Trop Chaud» sprechen die Aktivistinnen und ihr Anwaltsteam, juristische und wissenschaftliche Wegbegleiter*innen sowie ein NGO-Campaigner über ihre Beweggründe. Und sie erzählen die Geschichte, welche die meisten Deutschschweizer Medien in ihrer Tragweite verpasst haben. Grundlegende Fragen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zur globalen Klimagerechtigkeit werden erörtert. Dabei verliert der Film nie aus den Augen, dass der Kampf gegen den Klimawandel eine komplexe und schwierig zu lösende Aufgabe ist.

Im Juni 2025 ist «Trop Chaud» in mehreren Deutschschweizer Orten im Kino zu sehen. Weitere Infos unter trop-chaud.ch.



Eine kongolesische Kafkaeske

Mit «Cave 72» legt der Autor Fann Attiki eine leichtfüssige, tragikomische Erzählung aus seinem Heimatland vor – vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen in der Republik Kongo.. Von Boris Bögli

Didi, Ferdinand und Verdass sitzen in der «Cave 72», einer kleinen Bar an einer Ausgehmeile in Brazzaville. Mit Herzblut und Schalk wird das Lokal von einer Selfmadefrau geführt, die sich «Maman Nationale» nennt und die eine lokale Berühmtheit ist. Die drei Männer sind Mitte 20, Studienabbrecher und illusionslos. Sie verbringen ihre Nachmittage mit lauwarmem Bier, schauen den Mädchen hinterher und philosophieren über Literatur und den Lauf der Welt.

Durch eine unglückliche Verkettung der Umstände geraten sie in den Sog einer Verschwörung: Ein hoher Geheimdienstoffizier kann seine Karriere nur befördern, wenn er eine Bedrohung für den gefürchteten Langzeitpräsidenten entdeckt. Existiert keine, so erfindet er eben eine. Es gibt einen Toten (ein Verwechslungsoffer), konspirative Treffen, Verhaftungen, groteske Verhöre und Proteste im Namen von «Maman Nationale», bis sich der «Allgegenwärtige Führer» einschaltet.

In Attikis Roman, der 2021 mit dem «Prix Voix d'Afriques» ausgezeichnet wurde, verschmelzen Exzess und Resignation, Fussball und Korruption, Sex und Religion. Mühelos springt er von Nietzsche zu US-Krimiserien, von kongolesischen Rapper*innen zur EU-Flüchtlingspolitik. Was bleibt, sind die Unberechenbarkeit des Lebens in Brazzaville und die absurden Mechanismen

einer Willkür- und Klientelherrschaft. Die Geschichte wird von kafkaesken Szenen vorangetrieben. Mit seinen überspitzten Anekdoten über die Dummheit der Behörden bringt der 1992 geborene Autor die Leser*innen zum Lachen. Wer einen afrikanischen Camus sucht, findet in «Cave 72» eine kleine literarische Perle.

Aber der Hintergrund ist ernst. Die Republik Kongo, nicht zu verwechseln mit der benachbarten (und konfliktreichen) Demokratischen Republik Kongo, wird seit einem blutigen Putsch 1997 von Präsident Denis Sassou-Nguesso autoritär geführt. Oppositionelle werden nach Erkenntnis von Amnesty International willkürlich festgenommen, Bewohner*innen in Bergbaugebieten zwangsvertrieben. Gewalt gegen Frauen bleibt meist straflos. Das lokale «Centre d'Actions pour le Développement» meldete Ende 2024 einen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen und berichtete von Fällen von «Verschwindenlassen».



Cave 72
von Fann Attiki
Deutsch von
Christiane Kayser
Lenos-Verlag, 2025

DIE MASKE DER ANGST



© André Gottschalk

Reda El-Arbi ist Journalist, Kommunikationsexperte und Schriftsteller. Sein neuer SciFi-Krimi «Asimovs Kindergarten» spielt in einer KI-dominierten Welt, die uns momentan so gar nicht unmöglich erscheint.

«Tyrannei erfordert ständige Anstrengung. Sie zerfällt, sie leckt. Autorität ist brüchig. Unterdrückung ist die Maske der Angst.» Dies ist kein Zitat eines Polit-Philosophen. Dies sind die Worte eines Rebellen in der Star Wars Serie «Andor». Er legt den Finger auf den wunden Punkt aller autoritärer Systeme: Wer Macht durch Unterdrückung und Ausgrenzung erringt, fürchtet sich vor der zwangsläufigen Reaktion, was zu weiterer Unterdrückung und Ausgrenzung führt, bis das System unter dem immensen Druck zerbricht.

Der Trick der Tyrannei besteht darin, die entstehende Wut so lange wie möglich umzuleiten. In den USA (und bei der extremen Rechten in Europa) sehen wir gerade ein Beispiel in Echtzeit: Die Wut wird auf Migrant*innen und Minderheiten projiziert. Die Schuld an der individuellen Unzufriedenheit wird auf die Schwächsten geschoben, es entstehen Feindbilder, die von den echten Problemen und deren Verursacher*innen ablenken. Psychologisch funktioniert das eine Weile bei der breiten Masse, da mit der Abwertung Schwächerer dem Gefühl der Machtlosigkeit und Minderwertigkeit eine Illusion von Stärke entgegengesetzt wird.

In meinem Umfeld wird die augenblickliche Situation in den USA oft mit dem aufkommenden Nationalsozialismus in Deutschland in den 1930-er Jahren verglichen. Das wird der Trump-Regierung nicht gerecht. Die Nazis glaubten fest an ihren Traum vom 1000-jährigen Reich und waren bereit, für ihre Ziele unaussprechliche Verbrechen zu begehen.

Die Trump-Administration ist zynischer, wie die ersten 130 Tage zeigten. Es geht ihnen nicht darum, ein nachhaltiges, autoritäres System aufzubauen, sondern darum, möglichst viel der ihnen verhassten humanistischen Errungenschaften zu zerstören. Würden sie an eine glorreiche Zukunft glauben, gingen sie in kleinen Schritten vor, die die individuellen Freiheiten unmerklich in Richtung Totalitarismus verschöben.

Nemik, der zitierte Star Wars-Rebell, erkennt, dass es schwieriger ist, tausend kleine Ungerechtigkeiten zu bekämpfen als eine grosse. Die Flut an zum Teil klar verfassungsfeindlichen Dekreten des US-Präsidenten soll jedoch nicht den Staat umbauen. Viele davon werden sowieso von den Gerichten ausgebremst. Der schiere Overkill an unmenschlichen Entscheidungen soll die Gegner*innen demoralisieren und – weit wichtiger – verschleiern, wer handfeste finanzielle Vorteile aus dem sich verbreitenden Chaos generiert.

Doch die US-Amerikaner*innen sind nicht die obrigkeitgläubigen Deutschen aus dem letzten Jahrhundert. Sie sind zutiefst autoritätskritisch, rebellisch, stur und selbstgerecht. Damit lässt sich auf Zeit keine autoritäre Gesellschaft formen. |

**DER TRICK DER TYRANNEI BESTEHT DARIN,
DIE ENTSTEHENDE WUT SO LANGE WIE
MÖGLICH UMZULEITEN.**

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE AUF SHOP.AMNESTY.CH



AMNESTY-SOCKEN NEU AUCH IN SCHWARZ -GRAU!

Gestreift, mit Kerzen-Logo. 80% Baumwolle, 18% Polyamid, 2% Elasthan. Herkunft Portugal.

Schwarz-grau:

Grösse M (36-40): Art. 2200.099.M / Fr. 15.–
Grösse L (41-46): Art. 2200.099.L / Fr. 15.–

Schwarz-gelb:

Grösse M (36-40): Art. 2200.098.M / Fr. 15.–
Grösse L (41-46): Art. 2200.098.L / Fr. 15.–



TASSE AUS EMAILLIERTEM STAHL

Hochwertige Tasse für Camping, Terrasse usw. Fassungsvermögen 200 ml. Hergestellt in der Tschechischen Republik.

Art. 2300.050 / Fr. 15.–



BANDANA

Bandana im Amnesty International-Design, in weisser Geschenkverpackung. 55cm x 55cm, 100% Polyester.

Art. 2200.097 / Fr. 15.–

GELBE SIGG-FLASCHE

Klassische Sigg-Flasche aus Aluminium (0,6 Liter). Gelbe Lackierung mit Logo. Herkunft Schweiz.

Art. 2300.021.G / Fr. 25.–

Andere Farben unter shop.amnesty.ch erhältlich.



ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder auf
shop.amnesty.ch

PEACEFUL PROTEST
IS NOT A CRIME

AMNESTY
INTERNATIONAL

© Amnesty International

DEMOS, PRIDES UND FEMINISTISCHER STREIK AUF DIE STRASSE FÜR DIE MENSCHENRECHTE!

Weltweit werden derzeit die Menschenrechte durch autoritäre Politik bedroht, deshalb braucht es den Widerstand und Protest einer lebendigen Zivilgesellschaft. Werden wir aktiv, gehen wir für die Menschenrechte auf die Strasse – an Demos, Prides oder am feministischen Streik.

Rechte, die uns lange selbstverständlich erschienen, sind heute auch in Europa in Gefahr. So konnten die LGBTI*-Prides in Ungarn 30 Jahre lang friedlich durchgeführt werden, doch nun hat das ungarische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das sie als «LGBTI*-Propaganda» verbieten kann. Wir solidarisieren uns mit den Aktivitäten, die gegen das Pride-Verbot protestieren, und sind an Prides in der Schweiz mit dabei: Queeramnesty ist an den Prides in Zürich (20.–21.06) und in Bern (02.08) vertreten. Unsere Botschaft heisst laut und deutlich: Protect the Pride!

Der konservative Backlash bedroht die Gender-Gerechtigkeit insgesamt: Rückschritte beim Recht auf sichere Schwangerschaftsabbrüche in vielen Ländern, ein neues transfeindliches Gesetz in Grossbritannien oder die Beendigung der Gleichstellungsprogramme durch die Trump-Regierung in den USA... Grund genug, auch dieses Jahr am feministischen Streik teilzunehmen und aufzuzeigen, dass wir für diese Rechte eintreten! Amnesty Schweiz mobilisiert mit den Frauenrechtsgruppen für die Demos am 14. Juni in verschiedenen Städten.

Vom Frauenstimmrecht bis zur Ehe für alle: Viele Rechte haben wir mit Protesten erkämpft. Deshalb ist es wichtig, auch das Recht auf Protest zu verteidigen. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht für alle in der Schweiz besser geschützt wird. Helfen Sie uns, die Kampagne «Protect the Protest» auf der Strasse sichtbar zu machen – mit Flyern, Petition und Aktionsmaterial.

Patrick Walder, Kampagne «Protect the Protest»



Petition unterzeichnen:
amnesty.ch/petition-demonstrieren

Infos zur Kampagne:
amnesty.ch/demonstrationsfreiheit



Samstag, 21. Juni 2025,
ab 14 Uhr,
Grosse Allmend in Bern
Mehr Informationen unter
[amnesty.ch/veranstaltungen](https://www.amnesty.ch/veranstaltungen)

PITCH FOR HUMAN RIGHTS

Gemeinsam Sport treiben, in spannenden Matches wetteifern und an der frischen Luft sein: Im unsicheren Alltag junger Geflüchteter schafft das gemeinsame Spiel ein Stück Vertrautheit, Zugehörigkeit und Selbstbewusstsein. Mit einem Cricketturnier am Weltflüchtlingstag nehmen wir die Gelegenheit wahr, auf die Situation und die besonderen Lebensumstände von jungen Geflüchteten in der Schweiz aufmerksam zu machen. Schauen Sie sich

die mitreissenden Matches an und fiebern Sie mit den jungen Spieler*innen mit! Es besteht ausserdem die Möglichkeit, selbst mal einen Ball zu schlagen.

Am Anlass können Sie sich mit Geflüchteten und anderen Anwesenden austauschen und sich auch über den Alltag von minderjährigen Geflüchteten in der Schweiz informieren.



EIN SPEZIELLER WEG

Nehmen Sie einen speziellen Weg unter die Füsse und besuchen Sie Orte, an denen die Menschenrechte greifbar werden: Seit dem 24. Mai 2025 können Sie den Weg der Menschenrechte in Interlaken und Unterseen begehen. In Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Interlaken hat Amnesty Schweiz den früheren Weg überarbeitet und unter dem Namen «Visavis» neu eröffnet. An vierzehn Stationen können die Spaziergänger*innen in die Menschenrechte eintauchen – spielerisch, alltagsnah, mit neuem Blick. Der Name weist

darauf hin, dass Menschenrechte im Alltag beginnen: gleich gegenüber, auf der anderen Tisch-, Strassen- oder Flusseite.

Der Weg der Menschenrechte und die Postentafeln sind frei zugänglich, das Begleitheft kann kostenlos in der Jugendherberge Interlaken bezogen werden. Weitere Informationen finden sich online unter www.amnesty.ch/visavis

MASSENABSCHIEBUNGEN IN DEN USA ES BRAUCHT EINE KEHRTWENDE!

Millionen von Schutzsuchenden befinden sich in akuter Gefahr: Durch die neue Migrationspolitik des US-Präsidenten Donald Trump drohen ihnen willkürliche Festnahmen, Inhaftierungen und Abschiebungen.

Präsident Trumps Vorhaben, Millionen von Schutzsuchenden und Migrant*innen abzuschicken und die Grenze zu Mexiko durch die Armee sichern zu lassen, führt dazu, dass Menschen willkürlich inhaftiert, Familien getrennt und Schutzsuchende in ein Herkunftsland abgeschoben werden, wo sie an Leib und Leben bedroht sind. Seit dem Amtsantritt von Präsident Trump leben diese Menschen mit der Angst, von heute auf morgen ihre Sicherheit und ihre Lebensgrundlage zu verlieren.

Die US-Regierung hat das Recht, um Asyl zu ersuchen, an der Grenze zu Mexiko vollständig ausgehebelt. Diese Praxis ist menschenunwürdig und völkerrechtswidrig und muss daher sofort eingestellt werden.



© Eduard Ribas / Imago

Unterstützen Sie unseren Aufruf an Präsident Donald Trump, die Rechte von Migrant*innen und Schutzsuchenden in den USA und an der Grenze zu Mexiko zu respektieren. Unterschreiben Sie jetzt unsere Petition!

PETITION

MASSENABSCHIEBUNGEN AN DER SÜDGRENZE DER USA STOPPEN!

An Präsident Donald Trump

Wir fordern Sie als Präsidenten der USA auf, die Menschenrechte von Migrant*innen und Schutzsuchenden zu achten und das Massendeportationsvorhaben aufzugeben. Ihre Politik nimmt den Menschen die Möglichkeit, Sicherheit zu erlangen. Personen werden willkürlich inhaftiert und zurückgeschickt, Familien werden getrennt und Gemeinschaften auseinandergerissen.

Wir fordern Sie auf:

- Sofort alle Pläne für Massenabschiebungen, einschliesslich der Pläne für einen nationalen Notstand, Razzien, Masseninhaftierungen und Abschiebungen ohne ordentliches Verfahren, zu stoppen.
- Sicherzustellen, dass Menschen, bei denen nach ihrer Rückkehr die Gefahr schwerer Menschenrechtsverletzungen besteht, nicht abgeschoben werden.
- Das Recht, um Asyl zu ersuchen, zu gewährleisten.

HIER UNTERSCHREIBEN ODER VIA QR-CODE ZUR ONLINE-PETITION



- Sicherzustellen, dass kein Mensch willkürlich inhaftiert wird und dass bei den Abschiebungsverfahren die Rechte und die Würde aller Menschen gewahrt werden.
- Das Recht auf die Einheit der Familie und die Rechte der Kinder zu achten.
- Dafür zu sorgen, dass alle Gesetze, Strategien und Praktiken der US-Regierung im Bereich Asyl und Migration das Recht auf Nichtdiskriminierung uneingeschränkt respektieren.

Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			



DU BIST FREI ZU TANZEN...



...SOWIE ZU DEMONSTRIEREN

DEMONSTRIEREN IST EIN MENSCHENRECHT

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Unterstütze unsere Forderungen:

Friedlich demonstrieren ist ein Menschenrecht. Die Demonstrationsfreiheit hängt nicht vom Wohlwollen der Behörden ab.

Die Behörden müssen Demonstrationen erleichtern. Die Anmeldung einer Demo muss einfach und kostenlos möglich sein.

Die Polizei muss die Demonstrationsfreiheit schützen, nicht friedliche Proteste verhindern. Die Verantwortlichen von Polizeigewalt müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Jetzt Petition unterschreiben!

Petition: amnesty.ch/petition-demonstrieren
Infos: amnesty.ch/demonstrationsfreiheit

